

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion: K. K. Postamt
Prag, II., ...

Telephone:
Tagesredaktion: 6705.
Nachtredaktion: 0797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

4. Jahrgang.

Freitag, 8. Februar 1924.

Nr. 33.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Streit um Wilson.

Es hat in der neueren Geschichte wenig Menschen gegeben, auf die das Dichterwort vom Charakterbild, das von der Parteien Haß und Günst verwirrt, in der Geschichte schwankt, eine so richtige Anwendung finden konnte, wie dies bei Woodrow Wilson der Fall ist. Neben diesem Haß und der Günst läuft offenkundig das Bestreben der Extremen auf beiden Seiten, Wilsons Charakterbild politisch zu fruktifizieren. Beide Teile betreiben Geschichtsklitterung ärgster Art und beider Treiben wirkt in gleichem Maße widerlich. An seinem offenen Grabe ist der schon früher um und gegen ihn eröffnete Streit aufs neue entbrannt; die einen stellen ihn als den bewußten Betrüger hin, der seine berühmten 14 Punkte nur erdosen habe, um damit das deutsche Volk zu entzweieln, die andern feiern ihn mit einer Anbrunst, als wäre Wilson ein Stück von ihrem ureigensten Herzen, und als wäre mit Wilson ein Prager ihrer Ideale dahingegangen. Es sind die Nationalisten von beiden Seiten, die deutschen und die tschechischen, die ihn so grundverschieden beurteilen. Ihr Urteil über Wilson richtet sich je nach ihrer Einstellung zu den Friedensverträgen. Beide sehen ihn, aller geschichtlichen Wahrheit zum Trotz, als den Schöpfer der Friedensverträge an. Darum verdammern ihn die deutschen Nationalisten und senden ihm Flüche ins Grab nach, und aus demselben Grunde streuen ihm die tschechischen Chauvinisten Rosen auf seinen letzten Weg.

Es war der Geist dieses deutschen Nationalismus, der zu der Taktlosigkeit führte, die in den letzten Tagen in New York und in ganz Amerika heftigen Unwillen hervorrief. Die deutsche Botschaft in New York ließ nach Wilsons Tod auf ihrem Gebäude die Fahne nicht auf Halbmast hissen, wie es alle übrigen Botschaften taten. Erst über Einspruch des Washingtoner Kommandanten der amerikanischen Legion Quinn und über Intervention in Berlin schloß sich die deutsche Botschaft den Trauerkundgebungen der übrigen diplomatischen Vertretungen an. Die deutsche Reichsregierung suchte diese Taktlosigkeit mit den Angriffen der deutschnationalen Presse zu rechtfertigen, denen sie wegen ihrer Beileidkundgebung an Frankreich anlässlich des Zugrundeganges des Luftschiffes „Dirnuiden“ ausgeht war und deren Wiederholung sie durch die Unterlassung einer Trauerkundgebung für Wilson verhindern wollte. Damit hat die deutsche Regierung ihr Vorgehen als nur noch ärger erkennen lassen, da sie so offen ihre Abhängigkeit von den Hafent Kreuzlern und Völkischen, die allen Geboten internationaler Höflichkeit und Anständigkeit ins Gesicht schlägt, einbekannt hat. Selbstverständlich mußten auch unsere heimischen deutschnationalen ihrem Haß gegen Wilson sofort Ausdruck geben. Als in der vorgestrigen Sitzung des äußeren Ausschusses des Abgeordnetenhauses der Vorsitzende sich erhob, um Wilson einen Nachruf zu halten, verließ unter Lodgwans Führung die Deutschbürgerlichen, darunter ein katholischer Priester, das Beratungszimmer. Durch solche Heldentaten, die doch nur Rohheitsakte des entarteten Nationalismus sind, glaubt diese bornierte, haßerfüllte Gesellschaft dem deutschen Volk zu dienen, während sie in Wirklichkeit nur seinen Namen beschmutzt und es bei anderen Nationen verhaßt macht.

Eine umgekehrte Taktik beobachtet bei Wilsons Tode die tschechischen Nationalisten. Wenn sie Wilson nur als einen der Väter des tschechoslowakischen Staates feiern würden, wäre das verständlich, denn Wilson kommt sicher das größte Verdienst an der Schaffung der Selbständigkeit des tschechischen Volkes zu, das er, wie alle anderen Völker und Völkchen aus nationaler Bevormundung erlöst sehen wollte. Doch im Eifer gehen die tschechischen Nationalisten weiter, sie reklamieren den ganzen Wilson für sich, dessen Ruhm als Bahnbrecher der nationalen Gerechtigkeit und demokratischen Freiheit sie mit Empyse künden,

Die außenpolitische Aussprache

im auswärtigen Ausschusse der Abgeordnetenkammer.

Am gestrigen Tage wurde im auswärtigen Ausschusse des Abgeordnetenhauses die Debatte über das Exposé Beneš abgerollt. Den Standpunkt unserer Partei präziserte Genosse Cermak, der die Entwicklung der tschechischen Außenpolitik seit fünf Jahren in groben Umrissen skizzierte und darauf hinwies, wie Europa von den Gedanken Wilsons auf die politische Ebene gekommen ist. Redner stellte auch die Frage: „Was hat der Außenminister unternommen, um die Geheimdiplomatie zu beseitigen?“ und zog auch gleich: „Es gehört Optimismus dazu in der Tschechoslowakei die Abschaffung der Geheimdiplomatie zu verlangen, wo doch im Innern die Diplomatie der Pötte arbeitet.“

Von den Ausführungen der Redner der Koalition waren die Stivins und Kramaks bemerkenswert. Der tschechisch-sozialdemokratische Sprecher wandte sich energisch gegen die Unterstützung der russischen monarchistischen Emigranten und Kramak ritt sein altes Steckenpferd: „Die Sowjets, die im entscheidenden Momente die Nation verraten hätten, dürfen nicht anerkannt werden!“ Auch Hajn, der zweite Nationaldemokrat im Außenausschusse, meldete sich nach der Replik Beneš in demonstrativer Weise zu einer ähnlichen Erklärung zum Worte. Das Exposé Beneš wurde, wie nicht anders zu erwarten war, von der Mehrheit genehmigt. Nachstehend der Bericht über den Verlauf der Sitzung:

Der erste Redner war der tschechische Sozialdemokrat Stivin, der die Nachrichten von einer geheimen Militärkonvention mit Frankreich als Zeitungsenten bezeichnete. Die tschechische Sozialdemokratie lehnt Militärkonventionen grundsätzlich ab und die tschechische Sozialdemokratie bildet heute die stärkste Stütze der Regierung. Diese zwei Tatsachen genügen zum Beweise dessen, daß die Regierung eine Militärkonvention nicht abschließen kann. Stivin gesteht weiter ein, daß die Sanierung Ungarns seiner Partei

nicht sympathisch ist. Das heutige Regime Ungarns bietet keine Gewähr dafür, daß die finanziellen Hilfsmittel tatsächlich zu Sanierungszwecken verwendet werden. Stivin kritisiert die ungarischen Verhältnisse und weist auf die von Dorchy in Szene gesetzten Sozialistenverfolgungen hin. Ueber die Arbeiterregierung in England sagt er, daß die Art ihrer Regierungskunst richtunggebend sein werde für die Geltendmachung der politischen Bestrebungen der Arbeiterklasse aller Staaten. Er erhofft schließlich den Fall des nationalen Blocks in Frankreich und den Antritt einer Linkregierung.

Der tschechische Gewerbetreuer Pastřit ist für die Anknüpfung normaler Beziehungen zu Russland.

Der Kommunist Stalal glaubt, daß es in der Zeit vor dem Kriege mit Ausnahme des Verhältnisses Montenegro zu Russland keinen Fall einer solchen Abhängigkeit eines Staates vom andern gegeben habe, wie es das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Frankreich ist.

Unter Standpunkt zum Vertrage.

Der nächste Redner,
Genosse Cermak

verlas zunächst folgende

Erklärung:

Entgegen dem mit großer Mehrheit gefassten Beschlusse hat gestern der außenpolitische Ausschusse, welcher sich wenige Minuten vorher für die Verlegung des Exposés des Herrn Außenministers in das Plenum des Abgeordnetenhauses ausgesprochen hatte, das Exposé und seine Verhandlung im Ausschusse zugelassen, ja sogar über Antrag eines Mitglieds der Koalitionspartei direkt herbeigeführt, und so seine eigenen Beschlüsse defavorisiert. Gegen diesen der parlamentarischen Würde widersprechenden Vorgehen legt der Klub der deutschen sozialdemo-

und des dauernden Friedens der Welt war. Aber er wollte doch auch die Beseitigung der Geheimdiplomatie! Ist die Tschechoslowakei in diesen Bahnen gewandert? Er wollte mit seinen 14 Punkten und mit dem militärischen Eingreifen Amerikas die Einschränkung der Rüstungen und die Anwendung des Grundsatzes der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten herbeiführen. Haben die Machthaber in diesem Geiste gehandelt? Haben sie dem Recht, das allen Völkern unter gleichen Bedingungen Freiheit und Sicherheit ihrer ungehinderten Entwicklung im Sinne Wilsons zuspricht, Geltung verschafft? Nichts davon! Wenn sich diese Gattung von Nationalisten auf Wilson beruft und ihm Kränze nicht, so ist dies keine mindere Schmäherung seines Namens und seiner Ideen, als wenn ihre nationalen Gegenfüßler unter den Deutschen durch zynische Demonstrationen an seinem Sarge sich wie misstrauende Raben benehmen.

Der Streit um Wilson beweist nur, welches Maß von Gerechtigkeit und Einsicht dem Nationalismus auf beiden Seiten innewohnt. Er verdient weder die Schmähungen der einen, noch die Lobhudeleien der andern, die es mit Freuden sahen, als er in Paris gegen die gerissenen, geriebenen und in allen Sätteln gerechten Vertreter der imperialistischen Sieger nicht aufkommen konnte. Was als Wilsons Schuld bezeichnet werden muß, das ist, daß er die politischen Triebkräfte und Methoden der kapitalistischen Gesellschaft nicht verstand und in menschlicher Schwäche der ihm in Händen und Kniffen überlegenen Diplomatie der europäischen Siegerstaaten unterlag. Darum ist aber nicht schlecht, was er gewollt und sich erhofft. Wilsons Ideen wird die geschichtliche Notwendigkeit wieder einmal in den Vordergrund stellen, weder zur Freude derer, die ihn heute zu politischen Täuschungszwecken überschwänglich verherrlichen, noch jener, die ihn aus denselben Gründen verunglimpfen!

kratischen Abgeordneten entschiedenste Verwahrung ein.

Wenn wir trotzdem an der weiteren Verhandlung des außenpolitischen Exposés teilnehmen, so vor allem aus dem Grunde, um die Darlegungen des Herrn Außenministers nicht un widersprochen zu lassen und um zu verhindern, daß etwa durch den Ausfall der Stellungnahme unserer Partei ein falsches Bild von der Meinung der deutschen arbeitenden Klassen über die tschechoslowakische Bündnispolitik entsteht.

Diese Erklärung habe ich namens unseres Klubs abzugeben.

Genosse Cermak bemerkt zum Exposé, daß der etwas nervöse und aggressive Ton aufgefallen ist, den wir bisher in den Reden unseres Außenministers nicht zu hören gewohnt waren. Es ist dies eine neue Erscheinung, die erst durch die gestrige Rede und durch den Begleittext der offiziellen Presse geschaffen wurde. — Redner verweist hierbei auf die Schreibweise der „Prager Presse“ — daß sich immer mehr in unserer Außenpolitik das System herausgebildet hat, daß jeder, der eine andere Meinung vorbringt, schon im vorhinein niedergedrückt und verdächtigt wird. Es ist überhaupt nicht möglich, hier Opposition zu treiben, es ist nicht möglich, eine andere Meinung zu vertreten, man wird sofort Staatsfeind oder Ignorant gescholten.

Von Wilson zu Poincaré.

Vergleicht man das Exposé mit den früheren Ausführungen der tschechischen Politiker und des Außenministers selbst, so zeigt sich, daß alle großen Ideen und Konzeptionen der Jahre 1918 und 1919 verschwunden sind. Nach 5 Jahren tschechoslowakischer Außenpolitik stehen wir am Grabe der neuen politischen Ideen. Der Bevölkerung kommt klar im Bewußtsein, daß in der Form der Beziehungen der kapitalistischen Staaten kaum irgendwelche Veränderungen vor sich gegangen sind.

Im grauenhaften Weltkrieg veränderte ein großer der Menschheitsgeschichte, der eben verstorbene Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, in seinen historisch denkwürdigen vierzehn Punkten eine neue Rechtsordnung für das Zusammenleben der Völker. Was ist aber aus all den Ideen des großen Mannes geworden? Bei den Friedensverhandlungen wurde der amerikanische Staatsmann und Philosoph von den gerissenen Diplomaten der alten Schule an die Wand gedrückt, seine Gedanken wurden verzerrt und verhöhnt, als ein gesalvagener ist er nach Amerika zurückgekehrt. Sein politischer und persönlicher Zusammenbruch ist die Symbolik der ganzen Tragik unseres Europas, von den Friedensverhandlungen angefangen bis zu heutigen Tag. Das Europa von heute trägt keine Spur Europas von Wilson, Europa ist auf Poincaré gekommen. Mit dem Gedankenflug Wilsons sind Sie (zu den Mehrheitsparteien gewendet) in den Kampf um die nationale Befreiung ausgezogen, jetzt halten Sie beim Schutzhintergrunde des Völkchen.

Wie sieht es mit der Erfüllung jener Forderung Wilsons, die es als wichtigste an die Spitze gestellt hat und die zu erreichen, auch zehntausende tschechischer Legionäre ihr Leben auf der blutigen Walfahrt ließen, daß nämlich die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll! Was hat der Herr Außenminister unternommen, um dahin zu wirken, daß die Geißel der Menschheit, die Geheimdiplomatie, beseitigt wird. Redner weiß, daß die Tschechoslowakei nicht allein neue Methoden in den Verkehr der Staaten einführen kann. Herr Dr. Beneš aber ist ein vielgereifter Mann; er wäre also eigentlich verpflichtet, der Bevölkerung dieses Staates darüber Rechenschaft abzulegen, welchen Ursachen es zuzuschreiben ist, daß von einem Abbau der Geheimdiplomatie keine Spur wahrzunehmen ist.

Freilich, in der Tschechoslowakei gehört ein großer Optimismus dazu, zu verlangen, daß die Methoden der Geheimdiplomatie im auswärtigen Verkehr nicht zur Anwendung gelangen sollen, da wir doch auch in der inneren Politik, in diesem Parlamente, an Öffentlichkeit von Verhandlungen nicht gewöhnt sind. Die Demokratie erfährt hier ihre Sklavatur in der „Pötte“. Die öffentlichen Verhandlungen in der Nationalversammlung sind nur eine Kulisse für die tatsächlichen Entscheidungen der geheimen Konventikel!

Wir protestieren auf das leidenschaftlichste gegen den bereits erfolgten Abschluß des tschechoslowakisch-französischen Vertrages unter Umgehung der klaren Bestimmung der Verfassungsgrundlage.

Die historischen Darlegungen des Exposees sind vom Standpunkte der Regierung durchaus verständlich, aber es ist auffallend, daß dieser Vertrag und das ihm unmittelbar folgende italienisch-jugoslawische Bündnis im Exposee nicht vom Standpunkte der möglichen Folgen erörtert werden. Der Vertrag ist ein Schutzbündnis, und wir fragen gegen wen? Wo ist die Veranlassung, gerade jetzt diesen Vertrag abzuschließen? Mitten in den Schwierigkeiten zwischen Frankreich und England ist dieser Vertragsabschluß ein Engagement, das einen kleinen Staat, der eine Politik der freien Hand braucht, zu sehr exponiert.

Der Verdacht liegt immerhin nahe, daß der große Freund und Gönner der Tschechoslowakei, die derzeit größte Militärmacht Europas, die sich durch ihre unmittelbare Ruhrpolitik in eine glänzende Isolierung begeben hat, in dem Augenblick, da insbesondere die Spannungen zwischen Frankreich und England im Wachsen begriffen waren, zur Verhütung und Aufmunterung der französischen Öffentlichkeit auf den Vertragsabschluß mit der Tschechoslowakei gedrängt hat. Die eilige, und wie wir glauben, nicht ganz programmatische Reise des Herrn Außenministers nach London, hat vielleicht den Erfolg erzielt, der in England durch den Vertragsabschluß entstandenen Mißstimmung gegen die Tschechoslowakei einigermaßen entgegenzuwirken. Von der Veröffentlichung des Vertragsentwurfes im Pariser „Temps“ bis zur Unterzeichnung des Vertrages hatte die tschechoslowakische Auslandspropaganda alle Hände voll zu tun; sie mußte fleißig und unentwegt, aufklären und informieren, um für England, Deutschland, die Staaten der Kleinen Entente und Polen den angeblich so klaren Vertragsabschluß verständlich zu machen.

Daß der Minister in seiner Rede die ganze Geschichte der tschechoslowakischen Außenpolitik zur Unterstützung und Verteidigung des Vertrages mit Frankreich hervorheben mußte, bestätigt wohl die Behauptung, daß

durch den französischen Vertrag in den letzten Wochen die Politik des Herrn Dr. Venes aus dem Gleichgewicht geraten

ist. Wir verteidigen auf diese Begleiterscheinungen des Vertragsabschlusses, weil sie unsere Auffassung bekräftigen, daß in einer Zeit, in der die Tschechoslowakei, insofern sie nur eine tschechoslowakische Außenpolitik betreiben will, mit dem Vertragsabschluß jene Bahnen verlassen hat, die angeblich einzuhalten der Stolz der Politik des Außenministers gewesen ist.

Das jugoslawisch-italienische Bündnis

Der Außenminister hat uns gestern mitgeteilt, daß er von dem vorläufigen Vertragsabschluß zwischen Jugoslawien und Italien sehr gut unterrichtet war. Er wird aber zugeben, daß in der Zeit nach dem Kriege noch kein Fall vorgekommen ist, daß zwischen den Mächten, die durch den Friedensvertrag Sieger geworden sind, etwa in ähnlicher Form demonstrativ ein Bündnis durch ein anderes beantwortet wurde. Das Vorgehen Italiens und Jugoslawiens war dem doch zu vehement, um heute glauben machen zu können, es handle sich bei den beiden Vertragsabschlüssen um Akte, die von den vier beteiligten Mächten friedlich und freundschaftlich vorbereitet wurden.

Die Kleine Entente.

Der Minister hat ausgeführt, daß die Kleine Entente ein durchaus haltbares und festes Bündnis ist; der Beweis, den er dafür erbracht hat, hat geradezu verblüffend gewirkt. Er hat aus der Zeit der Schöpfung der Kleinen Entente, des Skapp-Bundes und der Ankunft Karl Habsburgs erzählt, daß keine Unstimmigkeiten in der Kleinen Entente bestanden, daß solche Behauptungen lächerlich waren und es heute mehr denn je sind. Der Minister wird es nicht übel nehmen, wenn man sagt, daß hier ein ganz verberber polemischer Kunstgriff vorliegt. Durch dieses Durcheinanderwerfen

verschiedener Zeiten und Situationen gleitet der Minister rhetorisch und optisch über die aktuellsten Schwierigkeiten der tschechoslowakischen Außenpolitik hinweg. Dadurch, daß er darauf verweist, daß zur Zeit des Skapp-Bundes oder der Rückkehr Karls keine Differenzen in der Kleinen Entente bestanden, glaubt er auch zu beweisen, daß heute noch dieselbe Situation besteht. Ein außerordentlich sonderbarer Vorgang! Das Verhältnis der Staaten untereinander ist kein Dauerzustand, Freundschaften schlagen besonders auf der Basis der Bündnispolitik oft um. Was damals richtig war, trifft heute durchaus nicht mehr zu. Um das Einvernehmen der Staaten der Kleinen Entente zu zeigen und zu erläutern, wäre es vielleicht überaus wertvoll, wenn der Minister soweit als möglich über seine Bindungen, die er eingehen mußte, und noch etwas mehr über die Belgrader Konferenz, gelangt hätte. Es wäre außerordentlich interessant, zu erfahren, aus welchen Gründen Rumänien angeblich demonstrativ den französischen Rüstungskredit abgelehnt hat in demselben Augenblick, in dem ein anderer Staat der Kleinen Entente in ein enges Bündnis mit Frankreich eingetreten ist.

Die Rückwirkungen des Vertrages auf unsere Politik.

Wir wenden uns energisch gegen den Vertrag zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei, weil wir die dadurch geschaffene noch engere formellere Bindung der Republik an die französische Militärmacht, für die Freiheit und politische Entwicklung der Tschechoslowakei außerordentlich schädlich halten. Auch die Auslegung des Vertrages in seinen Wirkungen für die innere Politik der Tschechoslowakei in der tschechischen nationalpolitischen Presse zeigt, welche Gefahren für die innere Konsolidierung des Staates damit verknüpft sind. In der tschechoslowakischen Republik sind die wichtigsten Probleme des Zusammenlebens der Völker ungelöst. Nur durch die Herstellung der nationalen Ordnung und die Herbeiführung des nationalen Friedens in diesem Staate ist eine Entwicklung zur wahrhaften Demokratie, seine politische Festigung möglich und nur so ist die kulturelle Entwicklung aller Staatsbürger zu erreichen. Wenn nun die starken nationalpolitischen Strömungen in der tschechischen Politik unter dem Hinweis auf die französische Vojonette der Anschauung Ausdruck geben, daß das Bündnis mit Frankreich ein starkes Fundament des Staates sei, das es absolut überflüssig macht, daß die Verständigung der Völker im Innern angebahnt und durchgeführt werde, so zeigen diese Auffassungen die verhängnisvolle innerpolitische Wirkung des französisch-tschechoslowakischen Vertrages. Aus all diesen Gründen und aus unserer Gesamtaufassung gegen jede Bündnispolitik, gegen die Friedensverträge, gegen die reaktionären militärischen Gewalten, die sich besonders in Frankreich ausbreiten, kurz, als internationale Sozialdemokraten, lehnen wir den Vertrag entschieden ab.

Wir haben hier nur eine vorläufige Kritik mitzuteilen und werden bei der Beratung im Hause noch auf andere Teile der Rede des Ministers und auf den Inhalt des französisch-tschechoslowakischen Vertrages ausführlicher zu sprechen kommen.

Ungarn.

Zwei Fragen müssen aber noch Erwähnung finden. Aus dem Bericht des Ministers über die Verhandlungen mit Ungarn ist zu entnehmen, daß sowohl bei den Mächten der großen Entente, als auch bei denen der Kleinen Entente, durch die geführten Verhandlungen die Bereitwilligkeit erwacht, dem Gewaltregime Horthy's in Ungarn materielle Hilfe zu leisten. Die Bevölkerung Ungarns seufzt unter dem absolutistischen Druck der Regierung des Grafen Bethlen, die ihre Verbindungen mit den bekannten und in der ganzen Welt verächtlichen Terrorbanden nur schlecht verbirgt. Einem Staate, in dem die Arbeiterkraft

unter schändlichem Ausnahmestrecht steht, in dem an Stelle der primitivsten politischen Freiheiten der Knüttel und das Messer herrschen, darf insoweit keinerlei materielle Hilfe gewährt werden, bis der politische Aufbau des Staates wenigstens soweit verändert ist, daß alle Bürger dieses Staates nach europäischen Begriffen menschlich leben und politisch atmen können.

Sowjetrußland.

Zeit Jahren hat der Minister des Auswärtigen uns ständig berichtet, aus welchen Gründen die Tschechoslowakei Sowjetrußland nicht anerkenne. Die Forderung darnach wurde von unserer Partei immer wieder erhoben. Die Regierung unternahm keinen entscheidenden Schritt, sie folgte den Einwendungen der tschechischen Nationaldemokraten, die — ähnlich wie die französischen Imperialisten — die Hoffnung nährten, daß das Sowjetregime zusammenbrechen und der Sieg der Konterrevolution zu erwarten sei. In dieser Frage zeigt sich besonders deutlich, daß die Tschechoslowakei in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zu Frankreich steht. Die französische Einstellung ist einer der Hauptgründe für die jüngere Politik der Tschechoslowakei gegen Sowjetrußland. Der Sieg der englischen Arbeiterpartei hat es bewirkt, daß durch eine sozialistische Regierung Groß-Britanniens die de jure-Anerkennung Rußlands ausgesprochen werden konnte, und daß nun Italien vor demselben Schritte steht. Die Tschechoslowakei ist in dieser Frage zu ihrem eigenen Nachteil im Verzug. Wir fordern heute neuerlich und energisch die sofortige Anerkennung Sowjetrußlands.

Der tschechische Agrarier Hnidel sagte, daß die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands „de jure“ mehr oder minder moralische Bedeutung habe, wie selbst Hrdlička sagte. In der Frage Rußlands müssen wir vorsichtig sein. Wir unterstützen die russische Emigration aus rein menschlichen Gründen, das bedeutet aber nicht, daß wir die Bestrebungen der Reaktionen bedecken, denn wir wissen, daß diese mitschuldig an der heutigen Lage Rußlands sind. Mit Venes's Politik ist seine Partei vollständig einverstanden.

Eine längere Rede hielt Dr. Aramaf. Er besprach den Bündnisvertrag mit Frankreich und sagt, von Geheimdiplomatie zu sprechen, sei eine Anekdote, weil man Fragen der auswärtigen Politik nicht auf der Straße traktieren könne. Ueber die Anerkennung der Sowjets durch England erklärte er, daß Deutschland ein Interesse daran habe, daß sich die heutige englische Regierung ebenso kompromittiere, wie dies der deutschen bereits geschehen sei. Die deutschen Unternehmer in Rußland seien enttäuscht und lehnen einer nach dem anderen zurück, weil sie auf der Grundlage der Regierung des Privatunternehmens nicht wirtschaften könnten. Die Sowjetregierung sei unruell, das zeigt ihr neuer Konflikt mit Italien, denn sie stehe bisher auf dem Standpunkt, daß das einem Bourgeois gegebene Wort nicht gehalten werden müsse. Die Anerkennung der Sowjets wäre eine Sünde an der tschechischen Nation. Die heutigen Verhältnisse in Rußland können wegen ihrer inneren Unlogik nicht als dauernd betrachtet werden und Redner kann nur unter dieser Bedingung für das Exposee des Außenministers stimmen.

Schlusßwort Venes's.

Sodann ergreift Außenminister Dr. Venes das Wort, um auf die in der Debatte vorgebrachten Momente zu replizieren. Dr. Venes polemisiert zunächst mit den Ausführungen des kommunistischen Abgeordneten Skafak und kommt dann auf die Rede Cermak's zu sprechen. Wenn Abgeordneter Cermak behauptet, das Referat des Ministers sei aggressiv

gewesen, so erklärt der Minister, daß dem nicht so sei, daß es nur polemisch gewesen wäre. Unsere Außenpolitik wurde zwei Monate lang von allen Seiten scharf kritisiert und der Abgeordnete Cermak könnte in den „Sozialdemokrat“ schauen, um zu sehen, wo die Aggressivität war. Der Minister habe der Opposition Gelegenheit gegeben wollen, sich über die grundsätzlichen Fragen auszusprechen, deswegen habe er mit den Behauptungen der Gegenseite polemisiert. Die einfache Negation Cermak's sei eine sehr bequeme Politik, aber die Verantwortung auf sich zu nehmen, bedeute Bürgermut zu besitzen; der Außenminister muß in den schweren Situationen diesen Mut haben.

Der Herr Abgeordnete Cermak hat auch von der öffentlichen und geheimen Diplomatie geredet. Es sei nicht wahr, daß die heutige Diplomatie so ist, wie die der Vorkriegszeit. Die diplomatischen Methoden nach dem Krieg hätten sich geändert. Es mögen sich nur jene, die im österreichischen Parlament saßen, erinnern, wie dort auswärtige Politik gemacht wurde. Ein Irrtum sei auch die Behauptung Cermak's und Dr. Czech's, daß der tschechisch-französische Vertrag mit Rücksicht auf die inneren politischen Verhältnisse abgeschlossen wurde. Auch in Frankreich weiß man gut, wie viel Deutsche es bei uns gibt und damit müssen wir rechnen — und wir rechnen auch damit in der Innen- und Außenpolitik.

Der Minister polemisiert dann mit Dr. Aramaf. Man kann nicht von einem stillen und unsittlichen Standpunkt sprechen, sondern nur von einem radikalen oder opportunisten. Es ist nicht möglich, mit Verhältnissen zu rechnen, die erst eintreten sollen. In dieser Sache habe der Minister eine schwerere Situation als ein anderer Politiker, weil er Rücksicht nehmen muß auf das Heute und Morgen und hieraus die Zuchtweise ziehen muß.

Der Minister anerkennt die Grundgültigkeit der Frage, ob es möglich ist, mit dem heutigen Rußland zusammenzuarbeiten. Er lehnt die Ansicht nicht ab. Es ist nötig, achsam zu sein, aber genau so wie allzugroßes Vertrauen schadet, schadet auch allzugroßes Mißtrauen, welches Dr. Aramaf an den Tag legt.

Rumneke meldete sich der tschechische Nationaldemokrat Haju zu Wort und erklärte, daß er, so wie Aramaf, für das Exposee Venes's nur unter der Bedingung, daß die Sowjets nicht anerkannt werden, stimmen könne.

Das Exposee des Außenministers wurde mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der deutschen Sozialdemokraten und der Kommunisten zur Kenntnis genommen und die Sitzung geschlossen.

Benes's Replik im Senat.

Im Anschlusse an die im Außenministeriums geführte Debatte über das Exposee des Ministers Dr. Venes ergriff die, er das Wort, um auf verschiedene Anfragen und gestellte Anregungen zu reagieren. Was die Behauptung des Dr. Heller betrifft, daß der Minister von bösem Willen gesprochen habe, erklärte der Minister, er wolle damit nur darauf hinweisen, daß in der letzten Zeit die Defensivität durch verschiedene internationale Machinationen der Presse falsch informiert und daß damit das Wasser getrübt werde. Die gegen die Friedensverträge von Dr. Heller angeführten Beweise sind falsch. Die Sache verhält sich so: Wir stehen auf den Friedensverträgen, weil wir uns durch sie geeinigt haben. Von dem Augenblick an, wo wir uns über diese oder jene Unannehmlichkeit einigten und diese Einigung unterfertigt, halten wir daran fest. Das ist Ehrentpflicht eines jeden Menschen. Was man unterschrieben hat, muß man erfüllen. Deshalb kann man nicht sagen, daß

Der Ruf der Wildnis.

Von Gad London. 4

Der andere Hund zeigte kein Entgegenkommen, und es wurde ihm auch keines erwiesen; er versuchte aber nicht, die Antänmlinge zu beistehen. Er war ein disterer, mürrischer Bursche und gab Curly zu verstehen, daß er wünsche, in Ruhe gelassen zu werden; sonst setzte es was. Er hieß Dave. Er aß und trank und gähnte bisweilen. Für nichts zeigte er Interesse, auch nicht als die Revohal den Ducen Charlotte Sound passierte und wie besessen rollte und schlingerte und sprang. Wenn Bud und Curly aufgeregt und halb wild vor Angst hochgingen, erhob er höchstens seinen Kopf, als ob er sich belästigt fühlte, sah sie gleichgültig an, gähnte und schlief weiter.

Tag und Nacht schlug das Schiff zu der ruhelosen Drehung der Schraube, und wenn gleich ein Tag wie der andere war, schien es Bud, als ob das Wetter immer kälter würde. Eines Morgens stand endlich die Schiffschraube still, und auf der Karibik gab es ein aufgeregtes Hin und Her. Bud fühlte das, wie auch die anderen Hunde, und er wußte, daß irgend ein Wechsel bevorstand. François koppelte die Hunde zusammen und brachte sie auf Des Vain ersten Schritt ins Freie sanken Buks Füße in einen weißen Brei. Er sprang schnaufend zurück. Immer mehr von diesem weißen Zeug kam aus der Luft. Er schüttelte es ab, aber immer mehr davon fiel auf ihn. Neugierig beschmiffte er es und nahm etwas auf die Zunge. Es brannte wie Feuer und war im nächsten Augenblick zerflossen. Das verwirrte ihn, Er

probierete es wieder mit demselben Erfolg. Die Umstehenden lachten ihn aus, und er fühlte sich beschämt. Er wußte nicht warum, denn es war sein erster Schnee.

II.

Das Gesetz von Hieb und Biß.

Der erste Tag am Gestade von Dya war für Bud wie ein Alp. Jeden Augenblick gab es neuen Verdruß und neue Überraschungen. Er war plötzlich aus dem Herzen der Zivilisation herausgerissen und in das Herz des Primitiven geworfen worden. Es war kein bequemes, sonnengekligtes Leben mehr, das keine andere Beschäftigung kannte, als umherzustreifen und verwöhnt zu werden. Hier gab es weder Frieden noch Ruhe und Nacht, und keinen Augenblick fühlte man sich sicher. Alles war Verwirrung und Tätigkeit, und jede Sekunde war Leib und Leben in Gefahr. Da war stete Wachsamkeit dringend notwendig, denn diese Männer und Hunde waren keine Völger und Hunde aus der Stadt. Sie waren alle roh und kannten kein anderes Gesetz als das von Hieb und Biß.

Er hatte nie Hunde kämpfen gesehen, wie diese wüßlichen Kreaturen kämpften, und seine erste Erfahrung in dieser Beziehung war für ihn eine unvergessliche Lehre, aus der er eine Lehre für's Leben zog. Curly war das Opfer. Die Hunde lagerten in der Nähe des Blockhauses, und Curly näherte sich in ihrer freundlichen Weise einem biffigen Hunde in der Größe eines ausgewachsenen Wolfes, doch nicht halb so groß wie sie selbst. Man hörte kein warnendes Knurren — nur ein metallischer Klang von zusammenschlagenden

Zähnen, und Curly's Gesicht war vom Auge bis zum Kiefer aufgerissen.

Es war die Stampweise des Wolfes, zu überfallen und wegzufpringen; aber es lag noch mehr darin. Dreißig bis vierzig scheukliche Hunde liefen zur Stelle und umgaben die Stampfenden in gespanntem und schweigendem Kreise. Bud verstand diese schweigende Spannung nicht, auch nicht die geschäftige Art, womit sie ihre Mäuler lekten. Curly stürzte sich auf ihren Gegner; dieser parierte und sprang zur Seite. Ihren nächsten Angriff parierte er mit der Brust in einer eigentümlichen Weise, so daß Curly von den Füßen kam. Hierauf hatten die Hunde gewartet. Heulend und bellend schlossen sie sich über ihr zusammen, und sie wurde, schreiend in Todesangst, unter der horstigen Decke von Körpern begraben.

So plötzlich kam alles, so unerwartet, daß Bud bestürzt war. Er sah, wie Spitz seine scharlachrote Zunge herausstreckte und in seiner Manier lachte, und er sah, wie François mit erhobener Art in d's Gewimmel der Hunde sprang. Drei Männer mit Knütteln bewaffnet, halfen ihm, sie auseinander zu treiben. Das dauerte nicht lang. Zwei Minuten, nachdem Curly hingefunken war, waren ihre Gegner bis auf den letzten fortgeprügelt. Aber sie lag leblos da und fest buchstäblich in Stücken zerfissen. Der Mischling stand neben ihr und stuhlte gräßlich. Bud sah noch oft im Träume diesen Auftritt, und sein Schlaf wurde dann gestört. Das war also die Art. Kein ehrliches Spiel. Einmal unten, dann war es aus. Nun er wollte schon darauf achten, daß er niemals unten hinkäme. Spitz streckte die Zunge heraus und lachte wieder, und von diesem Augenblick an war Bud von fürchtbarem und tödlichem Haß gegen ihn erfüllt.

Bevor Bud sich von der Erschütterung erholtte, die das tragische Ende Curly's ihm verursacht hatte, erlebte er einen neuen Verdruß. François legte eine Anzahl Kleinen und Schnallen um ihn. Es war ein Zuggeschirr, so wie er es ähnlich zu Hause an den Pferden gesehen hatte. Und so, wie er hatte Pferde arbeiten gesehen, so war auch er jetzt zu gleicher Arbeit bestimmt. Er mußte François auf einem Schlitten in den Wald und heimwärts eine Ladung Holz ziehen. Obgleich er dadurch, daß er zu einem Zugtiere degradiert wurde, in seinem Stolz auf das Empfindliche getroffen war, fand er es doch klüger, sich nicht zu widersetzen. Er ließ sich vielmehr willig einspannen, so neu und fremd das für ihn auch war. François war streng und verlangte unbedingten Gehorsam, und vermöge seiner Bittsche erhielt er ihn auch augenblicklich. Wenn Bud einen Fehler machte, prölte Dave, der ein erfahrenes Handtier war, ihn ins Hinterbein. Spitz war Leithund und als solcher ebenfalls erfahren, und weil er Bud nicht erreichen konnte, knurrte er heftig zum Verweis oder warf geschickt sein Gewicht in die Stränge, um Bud dadurch auf den Weg zu bringen, den er gehen sollte. Bud lernte leicht, und unter den beiden Gefährten machte er merkwürdige Fortschritte. Bevor sie zum Lager zurückkehrten, hatte er bereits gelernt, auf „Ho“ stehen zu bleiben und auf „Mush“ vorwärts zu gehen, bei Biegungen des Weges weit aufzutreten und sich vom Handhund fernzuhalten, wenn der Schlitten bergab gegen ihre Füße fuhr.

„Drei ausgezeichnete Hunde.“ sagte François zu François. „Der Bud zieht ja wie der Teufel. Ich bringe ihn alles spielend bei.“

(Fortsetzung folgt.)

die Friedensverträge dieses oder jenes verschuldet haben.

Der Minister will nicht sagen, daß die Friedensverträge vollendet sind. Er habe selbst daran mitgearbeitet und kenne ihre Schwächen. Aber solange sie den rechtlichen Rahmen der Verhältnisse in Europa bilden, müssen sie erfüllt werden. Einige Redner haben auch davon gesprochen, daß der Vertrag mit Frankreich den Vorkriegsverträgen gleiche. Der Minister fordert Objektivität und appelliert, es mögen solche Sachen ohne parteiischen Standpunkt geprüft werden. Schon die Tatsache, daß in dem Vertrage mit Frankreich die Grundzüge für ein obligates Schiedsgericht enthalten sind, ist ein Schritt nach vorwärts. Was die Vorwürfe gegen die offizielle Presse anlangt, müßte auch der „Sozialdemokrat“ ein offizielles Blatt sein, denn alle die verschiedenen Dinge über Rußland waren auch in diesem veröffentlicht. Der Minister könne nur sagen, daß es ungerecht sei, wenn man ihm alles an den Kopf werfe, was in den Zeitungen stehe oder daraus weitgehende Schlüsse gezogen werden. Für die Zeitungen könne er nicht verantwortlich gemacht werden. Gegenüber dem Vorwurfe, daß der Augenblick für den Abschluß des Vertrages zur Zeit der Regierung Macdonald schlecht gewählt sei, konstatiert der Minister gegenüber Dr. Heller, daß der Vertrag schon längst, ehe die Regierung Macdonald auf der Bildfläche erschien, und ehe man eine Ahnung hatte, daß diese Regierung kommen werde, vollendet war. Gegenüber der Kritik des Dr. Heller über die Friedensverträge und über unsere Außenpolitik bemerkt der Minister überhaupt, daß der Standpunkt des Dr. Heller der Standpunkt einer direkten politischen Agitation sei. Es sei sehr leicht, alles zu kritisieren und alles zu zerlegen und niemals für etwas die Verantwortung übernehmen. Das Ziel des tschechisch-französischen Vertrages und der Politik des Außenministers sei es, alles zu befeitigen, was der Krieg an Abenteuerlichkeiten und Unannehmlichkeiten mit sich gebracht habe. Abenteuer gibt es überall und sie können un schwer große internationale Verwicklungen hervorufen. Diese zerfahrenen Verhältnisse will unsere Politik befeitigen. Der Minister sagt, daß die Vorwürfe, die erhoben wurden, daß der Vertrag mit Frankreich auch gegen die deutsche Bevölkerung der Tschechoslowakei gerichtet sei, ungerecht seien. Unsere Außenpolitik arbeitet unausgesetzt auf die Beilegung der nationalen Gegensätze hin. Auch in Frankreich wisse man, daß die Kraft dieses Staates darauf beruhe, daß die nationalen Verhältnisse bei uns in gründlicher Weise geregelt werden.

14. Feber - Präsidentenwahl im Senat.

Das Senatspräsidium trat gestern vormittags um 11 Uhr unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Vizepräsidenten Kadlak und in Anwesenheit der Vizepräsidenten Kosač und Kiešner zu einer Sitzung zusammen, in der Vizepräsident Kadlak den Bericht erstattete und erklärte, daß das Präsidium bisher nicht einberufen worden sei, mit Rücksicht auf den Umstand, daß Vizepräsident Srušp vom französischen Sozialistenkongress noch nicht zurückgekehrt sei.

Die Frage der Einberufung der Plenarsitzung des Senates und die Frage der Erledigung des des Senates harrenden Arbeitspensums entwickelte sich eine Debatte, an der sich die Vizepräsidenten Kosač und Genosse Kiešner beteiligten. Es kam einhellig die Auffassung zum Ausdruck, daß noch vor Beendigung der Herbstsession alle im Senat erliegenden Gesetzesentwürfe der Beratung und Erledigung zugeführt werden sollen.

Es wurde beschlossen, die nächste Plenarversammlung des Senates für den 14. Feber einzuberufen. In dieser Sitzung wird der neue Präsident des Hauses gewählt werden, drei Vorlagen dringlicher Natur erledigt werden. Am selben Tag wird eine formale Sitzung stattfinden, in der die eingelaufenen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses den Ausschüssen zugewiesen werden. Eine Stunde vor Beginn der ersten Sitzung treten die Klubobmänner und Präsidenten zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um die Dispositionen über die weitere Arbeit des Hauses zu treffen.

Nach diesen beiden Hausungen sollen die Ausschüsse tagen, um das Material für die im Laufe des Monats Feber stattfindenden Plenarsitzungen vorzubereiten.

Inland.

Aus dem Abgeordnetenhause.

Donnerstag fand unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Winter die zehnte Sitzung des engeren Ausschusses für die Sozialversicherung statt. Es wurden die Paragraphen 10 und 11 verhandelt und genehmigt. Eine umfangreiche Debatte wurde über den § 12 durchgeführt, der den Begriff der Lohnlosen festsetzt. Da es notwendig sein wird, das sachmännische Urteil des Professors Dr. Schönbaum zu hören, wurden die Verhandlungen über den § 12 auf die nächste Sitzung verlegt. Weiters wurden die Paragraphen 13, 14 und 15 durchberaten, die bis auf einige Bestimmungen, welche nicht stilliert werden, genehmigt wurden.

An den Debatten und den gangläufigen Verhandlungen nahmen alle Mitglieder des engeren Ausschusses teil. Die nächste Sitzung findet Dienstag den 12. Feber, um halb drei Uhr nachmittags statt.

Der Wettlauf nach Moskau.

Eiferjüchtelei und Konkurrenzneid unter den Erstplatzierten.

Moskau, 7. Feber. (AP.) „Zwestija“ veröffentlicht eine Unterredung mit Litwinow. Derselbe erklärte, Macdonald habe eingesehen, daß die Sowjetregierung ihre Anerkennung nicht erkaufen und nicht mit einer Last bezahlen wolle, welche für die Sowjetrepublik unentzerrlich wäre. Deshalb hat Macdonald Rußland bedingungslos anerkannt. Die Verhandlungen mit Italien liefern Beweise von Komplimenten und Zeitverlust. Die Sowjetregierung hat sich zu Beginn ihrer Unterhandlungen mit Italien bereit erklärt, Italien gewisse wirtschaftliche Vergünstigungen zuteil werden zu lassen, falls die italienische Regierung als erste den Verband der Sowjetrepublik anerkennt. Leider hat aber jedes Zugeständnis der Sowjetregierung nur den Hunger der italienischen Regierung gesteigert. Der Abschluß des Vertrages hat sich hiedurch verzögert. Nunmehr liegt der Vertrag zur Unterfertigung bereit vor, doch haben einige Klauseln Zweifel bei der Sowjetdelegation hervorgerufen, welche Moskau um seine Entscheidung erkaufte. Es ist möglich, daß der Vertrag in diesen Tagen mit Ausschluß der strittigen Klauseln paraphiert

oder unterfertigt werden wird. Erst gestern langte in Moskau die am 31. Jänner abgegebene Erklärung Mussolinis ein, welche besagt, daß Italien mit diesem Tage den Verband der Sowjetrepublik anerkennt und die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehme. Diese Erklärung erleichtert in ungewöhnlicher Weise die Lage. Das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten erhielt die offizielle Mitteilung, der zufolge Italien einen Botschafter nach Moskau nach Unterfertigung des Vertrages zu entsenden wünscht. Die Geschichte wird die Frage entscheiden, wer als erster den Verband der Sowjetrepublik anerkannt hat, ob England oder Italien. Mussolini verteidigt seine Priorität. Uns ist die Anerkennung Italiens wertvoll, wenn sie auch einige Tage später erfolgt ist.

Der russisch-italienische Vertrag unterzeichnet?

Rom, 7. Feber. (Zefani.) Heute abends wurde der italienisch-russische Vertrag unterzeichnet.

Lärmjahren in der französischen Kammer.

Paris, 7. Feber. Zu Beginn der heutigen Kammerung legte Abg. Engerand einen Regierungsantrag zum ersten Artikel des Ermächtigungsgesetzes vor, in welchem wörtlich jene Maßnahmen vorgeschlagen werden, die seinerzeit unter dem sozialistisch-radikalen Regime Chailloux ins Auge gefaßt worden waren und welche Poincaré in seinem Exposé erwähnt hat. Der Abgeordnete fordert spöttisch die Parteigänger Chailloux auf, diesen Abänderungsvorschlag anzunehmen. Es erhoben heftige Proteste, welche sich zu großem Lärm steigerten, als Abg. Brousse an die Schlußresolution des Kongresses der Sozialistisch-Radikalen anspielend dem Abg. Herriot zurief, daß Herriot je nach Bedarf unterschiedslos mit allen Internationalen, mit der ersten, zweiten, dritten und vielleicht auch mit der vierten marschieren würde.

Darauf ergreift Abg. Herriot das Wort und ergeht sich in heftigen Vorwürfen gegen Poincaré, den er auffordert, sich zurückzuziehen, da er die Kammer in Verwirrung bringe.

Eine Hanswurstdade.

Unter großer Bewegung auf allen Bänken erklärt Poincaré von seinem Tische, daß es im Gegenteil die von gewissen Parteien inszenierten Manöver seien, welche das Parlament diskreditieren. Poincaré, die „Humanität“ in der Hand schwingend, setzte fort: Die „Humanität“ zeugt gegen Euch! (Es sind nämlich für heute Rassenumgebungen gegen die Teuerung und die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung vor dem Parlamente geplant.) Die Polizei hat außerordentliche Maßnahmen getroffen, um das Eindringen der Mengen in das Parlament zu verhindern.) Der Ministerpräsident legt das Blatt auf den Tisch, u. zw. so, daß er damit die Aufmerksamkeit des neben ihm sitzenden Kriegsministers Maginot streift. Dieser ergreift das Blatt, knüllt es zusammen und wirft es mit einer Geste der Abficht von sich. (Beifall beim Zentrum und der Rechten, großer Lärm auf der Linken.)

Abg. Lafont wirft gleichfalls eine zerstückte Zeitung gegen die Regierungsbank. Der Lärm steigert sich zum Tumult. Maginot weist dem ihm drohenden Kommunisten den Schuß ab. Die Sitzung wird unterbrochen.

Deutschnational-nationalsozialistische Mitgliederkonferenz. Der Duxer „Tag“ erzählt, daß in Teplitz und Umgebung von der deutschen Nationalpartei Werbeschriften auch an Mitglieder der nationalsozialistischen Partei verteilt werden. In diesen Werbeschriften soll auch vermerkt sein, daß, wer die Zeitschrift nicht innerhalb acht Tagen zurückschickt, als Mitglied gilt, die Mitgliedskarte erhält und daß der Beitrag bei ihm einfließt. Wir haben in der Wahrheitsliebe des Duxer „Tag“ möglichst wenig Vertrauen, aber da es den Deutschnationalen so hundertmal lieber geht, so ist es schon immerhin möglich, daß die verachteten Ledgänger jetzt schon zu solchen Mitteln greifen, um dem Mitgliederstand wenigstens auf dem Papier Einhalt zu tun. Der Duxer „Tag“ ist ganz empört über diese Methoden seiner Brüder von der Kampfgenossenschaft und läßt sich in der Aufregung sogar zu der Ausrufung hinreißen, daß die „werttätig Schaffenden“ Nationalsozialisten nicht in die Reihen der „Kapitalisten“ gehören, worunter die Deutschnationalen gemeint sind. Uns ist es bisher immer schwer gefallen, den feinen Unterschied zwischen Nationalsozialisten und der deutschnationalen Partei ganz klar herauszuarbeiten und wir sind im allgemeinen der Meinung, daß es furchtbar gleichgültig ist, ob jemand der deutschnationalen Kapitalistenpartei oder der Partei der deutschen nationalsozialistischen Unternehmerrödinge angehört. Aber gerade, weil das Reservoir für beide Parteien das gleiche ist,

Lloyd Georges Enthüllungen.

London, 7. Feber. Den Hauptplatz in der heutigen Presse nehmen die von der „New York World“ veröffentlichten Mitteilungen Lloyd Georges über einen Pakt zwischen Wilson und Clemenceau in Sachen der militärischen Besetzung der Rheinlande und die darauf erfolgten Erklärungen des Außenministers und des Lord Curzon ein.

Frankreich leugnet.

Paris, 7. Feber. Die „Agence Havas“ meldet: Lloyd George erklärte im „New York World“, daß Präsident Wilson und Ministerpräsident Clemenceau während seiner zeitweiligen Abwesenheit auf der Friedenskonferenz im Jahre 1919 ein geheimes Abkommen betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande unterfertigt haben. Das französische Ministerium des Aeußeren behält sich vor, auf diese Aufschuldigung zu antworten, bis es den genauen Text kennen wird.

Die französische Regierung kennt kein Dokument, auf welches sich die Aufschuldigung Lloyd Georges beziehen könnte. Zwischen Clemenceau und Wilson ist kein Geheimvertrag abgeschlossen worden, und wenn die beiden Staatsmänner ihre Besprechungen auch während der Abwesenheit Lloyd Georges fortgesetzt haben, wurden die Ergebnisse dieser Unterredungen Lloyd Georges nach dessen Rückkehr bekanntgegeben und dieser erklärte am 22. April 1919 vormittags seine Zustimmung.

Devienkurje.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 St.	Dollar 2,9125
Berlin 100	Schweiz. Franc 16,6550
Wien 1	Wiener. Kronen 2,9560

Prager Kurje am 7. Feber.

	Steln	Wäre
100 holl. Gulden ..	1312.50	1318.50
1 Million Mark ..	8.00.50	8.20.50
100 belg. Francs ..	145.00.00	144.50.00
100 schweiz. Franc ..	6.91.50	6.91.50
1 Pfund Sterling ..	159.05.00	157.45.00
100 Lire	152.75.00	154.25.00
1 Dollar	11.87.50	11.87.50
100 franz. Francs ..	162.50.00	163.75.00
100 Dinar	41.57.50	41.87.50
1000 magar. Kronen ..	11.82.50	12.34.50
1,000,000 poln. Zloty ..	3.65.00	4.10.00
10,000 österr. Kronen ..	4.51.00	5.01.00

in der Duxer „Tag“ so erregt darüber, daß der Redakteur in sein Haus einläßt.

Christlich-sozialer Arbeiter über das Wachstum der Genossenschaftsbewegung. Die in Teplitz erscheinende christlichsoziale „Volkspost“ widmet ihren Leitartikel vom 7. Feber der Genossenschaftsbewegung, insbesondere der gegenwärtig zu Tage tretenden Konzentration der Konsumvereine, von denen das Volk mit Recht eine Erleichterung der Genossenschaftsbewegung erwartet. Bei dieser Gelegenheit erzählt das Blatt seinen in jeder Beziehung „aläubigen“ Lesern, daß die Genossenschaftsgesellschaft für Konsumvereine „die Kassaführerin des Sozialdemokrat, des politischen Hauptorganes für die Tschechoslowakei“ sei. Der sachkundige Leitartikel scheint nicht zu wissen, daß so wie jeder Konsumverein seine Spartenabteilung hat, wo die lokalen Zustände der Partei und der Genossenschaften ihre Gelder einlegen, auch natürlich die Genossenschaftsgesellschaft den Geldverkehr der Gewerkschaften und der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei besorgt. Für Sozialdemokraten ist es selbstverständlich, daß proletarische Organisationen ihren Geldverkehr wieder nur durch proletarische Organisationen besorgen lassen. Außerdem erzählt das Blatt, daß es infolge dieser Zusammenhänge erklärlich sei, wenn in den letzten Jahren über 600 sozialdemokratische Vereinshäuser in der Tschechoslowakei ins Leben gerufen werden konnten. Da wir uns diese Vereinshäuser gerne anschauen würden, er suchen wir die „Volkspost“ um die genaue Adresse

David Friedrich Strauß.

Zu seinem 50. Todestage.

Als im Jahre 1835 die erste Ausgabe des „Leben Jesu“ erschien, war dies eine wissenschaftliche Tat von epochenmachender Bedeutung. Die Quadern der Dogmatik, scheinbar für alle Zeit gefügt, klappten plötzlich auseinander und der Fels Petri, auf dem das Gebäude des Christentums aufgebaut war, wankte in seinen Grundfesten. Strauß war es darum zu tun, die Erzählungen des Evangeliums für die historische Kritik, für die geschichtliche Betrachtung zugänglich zu machen und sie nicht länger als ein Blümchen „Nähr mich nicht an“ gelten zu lassen. Die sich selbst gestellte Aufgabe löste der junge Theologe in einer Weise, durch welche endlich der Schleier der Wunder zerrissen und die Entstehung des Christentums der voraussetzungslosen Forschung erobert war.

Das „Leben Jesu“ rief weit über die theologischen Kreise hinaus das größte Interesse hervor, wie noch kein zweites theologisches Werk ein solches in gleich heftiger und nachhaltiger Weise hervorgerufen hatte. Strauß hatte darin auf eine in der Hauptsache unerschöpfbare Art nachgewiesen, daß sehr viele von den Begebenheiten, die in den Evangelien erzählt werden, sich teils überhaupt nicht, teils nicht so zugetragen haben können, wie sie in diesen Schriften erzählt werden. Strauß vertrat die Ansicht, daß die evangelischen Erzählungen, soweit sie nicht als Geschichte aufgeföhrt werden können, nur Mythen sind, die bei ihrer Hervorbringung von bestimmten dogmatischen Beweggründen geleitet worden seien.

Als Strauß dann nach 28 Jahren an eine Neubearbeitung des „Leben Jesu“ schritt, bedurfte es einer Ergänzung; es war der Ursprung und Charakter der evangelischen Quellenschriften genau festzustellen und es mußte weiters festgestellt werden, was Christus, der nicht Gottesohn war, in Wirklichkeit gewesen sei. Hier kamen Strauß die Untersuchungen seines großen Lehrers Dr. Bauer, des Begründers der sogenannten „Neuen Tübinger Schule“, zu Hilfe, auf die er sich nur zu stützen brauchte, um dem eigenen Werke festen Gehalt zu geben. Mit der Neubearbeitung des Leben Jesu wandte sich Strauß an die Nichttheologen, und zwar wie er selbst rund heraus erklärte, deshalb, weil er bei diesem ein offenes Verständnis, eine größere Empfänglichkeit zu finden hofft, als bei den Theologen. Zu wissen, ob am Christentum etwas Natürliches oder etwas Uebernatürliches ist, kann nach Strauß schon deswegen nicht unentschieden bleiben, als eine übernatürliche Religion mit Geheimnissen und Sнадemitteln folgerichtig auch einen Stand über der Gemeinde stehender Priester mit sich bringt. Wer die Pfaffen aus der Kirche schaffen will, der muß erst das Wunder aus der Religion schaffen. So erklärt Strauß die angeblichen Wunder Jesu auf ganz natürliche Weise. Die Zeitgenossen Jesu verlangten Wunder von ihm, daß er dadurch beweise, daß er der wirkliche Messias sei. Man traute ihm Wunderkräfte zu und sobald man sie ihm zutraute, waren sie auch vorhanden. Wenn Leidende seine Kleider anrührten, um geheilt zu werden, so wurden tatsächlich viele geheilt, geheilt nicht durch die Kraft Jesu, sondern durch die eigene Einbildungskraft. Wenn in solchen Fällen Jesus zu den Geheilten sprach: „Dein Glaube hat dir geholfen“, so hat er tatsächlich die Wahrheit erkannt und ausgesprochen.

Dem Leben Jesu folgte „Der alte und der neue Glaube“, zu welcher Schrift Straußens Bruder die Anregung gegeben haben dürfte. In seinen literarischen Denkwürdigkeiten erzählt Strauß, sein Bruder habe unablässig in ihn gedrungen, daß er in einer für alle verständlichen Form der alten christlichen Weltanschauung die moderne philosophische entgegenstelle.

Im „alten und neuen Glauben“ geht Strauß weit über das nur dem Christentum Eigentümliche hinaus. Im ersten Teil des Werkes „Sind wir noch Christen?“ zeigt Strauß die Widersprüche der Schöpfungsgeschichte auf. Die Erschöpfung empört gleicherweise Vernunft wie Rechtsgesicht. Zum Schluß dieses Teiles spricht Strauß aus, daß wir uns noch nicht die Religion überhaupt abgesprochen haben und stellt daher die Frage: Haben wir noch Religion? Diese beantwortet er dahin, daß sich aus der bisherigen Betrachtung ergeben hat, daß weder die Vorstellung eines persönlichen Gottes, noch die eines Lebens nach dem Tode mehr aufrecht erhalten werden kann und somit ist auf die gestellte Frage eine verneinende Antwort gegeben, denn Religion ist nach der herkömmlichen Begriffsbestimmung Erkenntnis und Verehrung Gottes und der Glaube an ein zukünftiges Leben.

Hat sich Strauß auf dem Gebiete der Erkenntnistheorie als ein allen Unreinen abgewandter philosophisch gebildeter Mensch gezeigt, so zeigte er sich bei der Beurteilung der wirtschaftlichen und politischen Zeitprobleme von keinem modernen Geiste befeelt. Zum Menschheitsgefühl gelangt man nach Strauß nur durch Nationalgefühl, und der Mangel eines solchen bei dem Volke in Nordamerika zeitigte die Schanden, an denen dieses Volk krankte. Wo kein Nationalgefühl ist, da ist auch kein Gemüt, so rüst Strauß und verkennt dabei total, daß das sensibelste Gemüt niemals einseitig sein wird. Daß nach dieser geistigen Einstellung Strauß für den Sozialismus nichts übrig hat, ist begreiflich. Die Prediger der Völkerverbrüderung wollen nur Ausgleichung der materiellen Bedingungen des menschlichen Daseins, der Mittel zum Ge-

nur. Das Geistige steht erst in zweiter Linie. Die republikanische Staatsform ist nicht das Ideal des Verfassers des „Leben Jesu“, er zieht vielmehr die monarchistische vor. Er bekennet dann: „Ich bin ein Bürgerlicher und bin stolz darauf es zu sein. Der Bürgerstand bleibt doch immer der Kern des Volkes, der Herd seiner Sitten, nicht allein Wehrer seines Wohlstandes, sondern auch Pfleger von Wissenschaft und Kunst.“

Da es aber nicht Zweck dieses Aufsatzes ist, Straußens Ansichten über den Sozialismus und das Programm der sozialdemokratischen Partei wiederzugeben, so soll es mit der Wiedergabe des Vorstehenden sein Bewenden haben. Wenn Strauß auch dem Sozialismus gegenüber nicht das geringste Verständnis aufbrachte, so verleiernert dies seine sonstigen Arbeiten in unseren Augen doch nicht. Er selbst muß in seiner Antwort auf die theologischen Angriffe zugeben, daß die Merkmalen und die sonst „gebildeten Mittelparteien“ jeden anständigen Ton außeracht gelassen haben und daß in dieser Hinsicht sozialdemokratische Blätter billiger waren, indem sie durch ihre Entrüstung über seine politischen Grundzüge sich von der Anerkennung des kritischen und philosophischen Teiles der Schrift „Der alte und der neue Glaube“, nicht abhalten ließen.

Schon die erste Ausgabe des „Leben Jesu“ führte zur Enthebung von seinem Amte als Repetent (Lehrer am evangelisch-theologischen Seminar zu Tübingen). Damit waren aber die Frommen nicht zufrieden: in ihrer bekannnten Unabundanz verfolgten sie Strauß weiter, und keine Schmähung blieb dem jungen theologischen Forscher erspart. Als ihn dann die Regierung von Zürich im Jahre 1839 als Professor berief, nahm die Hebe derartige Dimensionen an, daß sie Strauß nicht nur pensionieren mußte, sondern selbst auch gestürzt wurde. Die fernere Zeit seines Lebens war er dann als Schriftsteller tätig. Seine zahlreichen Schriften sind scharf in der Beweisführung, klar in der Darstellung und glänzend im Stil. Den preussischen König Friedrich Wilhelm IV., einen Menschen mit mittelalterlicher Gesinnung, stellte er bloß in der Schrift: „Der Romantiker auf dem Thron der Cäsaren oder Julian der Abtrünnige“. Diese Schrift ist eine geistvolle Verpöchtung des Hohenzollern. Von seinen größeren Arbeiten ragen noch hervor: „Allrich von Sutter“ und „Voltaire“.

Strauß starb im Alter von 66 Jahren am 8. Feber 1874 in Ludwigsburg. Sein „Leben Jesu“ und „Der alte und der neue Glaube“, letzterer in den ersten vier Abschnitten, reihen ihn ein in die Reihe jener, die mutig und mit Erfolg die Kirche mit ihren Dogmen bekämpften. Einige Jahrhunderte früher wäre sein Tod auf dem Scheiterhaufen gewiß gewesen. Dafür verfolgten ihn aber die Frommen wo und wie sie nur konnten und versuchten ihn jeder Existenzmöglichkeit zu berauben. Strauß hat Stand gehalten. Er hielt an seiner Ueberzeugung fest und daher gedenken wir seiner mit größter Achtung.

a. r.

Tages-Neuigkeiten.

Zum zehnten Todestag des Genossen Solinger.

Heute sind es zehn Jahre, daß Genosse Johann Solinger, Maschinenmeister in Teisfen, von dem Streikbrecheragenten Paul Keiling ermordet wurde. Keiling, ein siebzehnjähriges vorbestraftes Individuum, hatte während des Buchdenderstreiks, am 7. Feber 1914, einen gewissen Genuß nach Bodenbach gebracht, um ihn bei einer Teisfener Firma als Streikbrecher abzuliefern. Den ausgesperrten Buchdruckern von Teisfen gelang es nicht, noch am selben Abend mit Genuß in Verbindung zu kommen, um ihn vom Streikbruch zurückzubalten. Sie durchdrachten die ganze Nacht, um Keiling und seine Kreatur nicht zu vermissen. Am frühen Morgen des 8. Feber trug sich dann in dem Hotel, in dem Keiling wohnte, das Verbrechen zu: Genosse Solinger wurde vor den Augen einiger Genossen von Keiling tödlich getroffen. Am 9. Feber starb er und wurde am 11. Feber unter riesenhafter Beteiligung der gesamten Arbeiterschaft beigesetzt. Der Unternehmerröbling stand am 25. Feber vor den Geschworenen des Leitmeritzer Kreisgerichtes, die ihn nur wegen Totschlages und Ueberschreitung der Nothwehr als schuldig erkannten, so daß Keiling mit einem achtemonatigen Arrest davonkam. Obmann der Geschworenen war ein Fabrikant und auch die übrigen Geschworenen waren durchwegs Arbeiterfeinde. Die Arbeiterschaft von Teisfen, Bodenbach und mit ihr das gesamte klassenbewußte Proletariat Deutschböhmens gedenkt am heutigen Tage des Genossen Solinger als eines Opfers der gelben Streikbrecher, als eines Märtyrers des sozialistischen organisierten Proletariats und die Arbeiter erinnern sich weiter an diesem traurigen Gedenktage des schmerzlichen Klassenurteils, mit dem damals die Justiz klassenbewußte, um ihr Recht streifende Arbeiter als vogelfrei erklärte. Zehn Jahre nach dem Tode des Genossen Solinger sind verfloßen, und mag sich seitdem auch vieles gewandelt haben — noch besteht der Klassenhass, noch gedeihen in ihm gelbe Streikbrecherparteien, noch immer herrscht Klassenjustiz. Am Grabe des Genossen Solinger gelobt die Arbeiterschaft den an ihm verübten Mord durch unerbittlichen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre Handlanger zu rächen.

Die Korrespondenzkarten werden billiger! Offiziös wird gemeldet: Die amtlichen Post-Korrespondenz-Karten werden in der nächsten

Zeit um zehn Heller im Preise herabgesetzt werden. Es ist dies der erste Schritt zu der versprochenen Verbilligung der Postwertzeichen. Der Entgang der Postverwaltung muß auf mindestens 2.000.000 K bei 40.000.000 Karten veranschlagt werden, die jährlich abgesetzt werden. Früher wurden sogar 76.000.000 Postkarten jährlich verkauft. Diese Ermäßigung wurde der Postverwaltung nur durch das Entgegenkommen der Druckerei „Arie“ ermöglicht, die der Anforderung nach Verbilligung entsprochen hat. An die Verbilligung anderer Tarife, insbesondere des Brieftarifes, ist derzeit nicht zu denken. Der hiedurch sich ergebende Ausfall würde viele Millionen betragen, die die Postverwaltung, da sie alle Bedürfnisse aus eigenen Einnahmen decken muß, nicht ersetzen kann. So kann das Zeitungspost, das in früheren Zeiten die Hälfte (50 Prozent) des Zeitungspreises ausmachte, nicht gut herabgesetzt werden, da die Zeitungspreise rund um 850 Prozent, die Posttarife für Zeitungen nur um 150 Prozent erhöht worden sind.

Die tschechoslowakische Post gehört bekanntlich nicht zu jenen Postverwaltungen der Kulturstaaten, welche es als ihren Stolz ansehen, so rasch als nur möglich Postleistungen zu befördern. „Gut Ding braucht Weile“ scheint das Lehnwort bei der tschechoslowakischen Post zu sein und insbesondere die Briefbeförderung bei der Brünner Post ist auch alles eher denn auf Schnelligkeit eingerichtet. Gibt man beispielsweise vormittags vor 10 Uhr einen Expressbrief, der nach Prag bestimmt ist, am Brünner Bahnhof auf, so kann man in den meisten Fällen Gist darauf nehmen, daß er am selben Tag nicht nach Prag kommt, sondern erst am nächsten Tag in die Hände des Adressaten gelangt. Das Expressporto wird aber natürlich eingehoben! Im Geldnehmen ist die tschechoslowakische Postverwaltung großartig. Daß es mit der Zustellung von Briefen nicht besonders klappert, ist aber eigentlich kein Wunder, denn gewisse Organe der tschechoslowakischen Post scheinen andere Sorgen zu haben, wie ein Vorfall beweist, der unglücklich klingt, jedoch voll den Tatsachen entspricht: Ein in Prag aufgegebenes Paket mit Zeitungen, welches für Lundenburg bestimmt war, wurde in Prag wohl angenommen, jedoch am Wege von irgendeinem chaotischen Beamten aufgehalten und nach Brünner an unsere Administration zurückgeschickt. Warum? Weil Lundenburg und nicht Břeclava als Bestimmungsort angegeben worden war! Was soll man zu einem derartigen Vorfall sagen? Ist es für einen normalen Menschen möglich zu glauben, daß ein Paket von der tschechoslowakischen Post von der Weiterbeförderung ausgeschlossen wird, weil auf diesem der Name des Bestimmungsortes nicht geschrieben ist?! Der Name Lundenburg, welcher dem reisenden Publikum aller Länder mehr als gut bekannt ist (die Hölle Lundenburg), wird von irgendeinem Postbeamten, für den nur Břeclava gilt, nicht anerkannt! Glaubt man wirklich, daß mit dergleichen das Ansehen der tschechoslowakischen Post gehoben wird? Sich darauf zu berufen, daß der Name Břeclava unübersetzbar sei, ist nicht nur kindisch, sondern geradezu dumm. Was würde man beispielsweise sagen, wenn nach Wien bestimmte Briefe, welche mit Vidne adressiert sind, von der österreichischen Post zur Weiterbeförderung nicht zugelassen werden würden? Ist vielleicht Wien übersetzbar, Břeclava aber nicht?! Man höre doch endlich mit denartigen Einwürfen auf und Sorge lieber dafür, daß die Klagen über die langsame Briefbeförderung endlich aufhören.

Schulstille. Was das deutschgeschriebene Regierungsblatt erfährt, wird die Filmstadt „Comenius“ in Prag Schulen, die an Vorführungen von Schulfilmen ein Interesse haben, Projektionsapparate zur Verfügung stellen. Die Schulen können dann mit Hilfe der Schulstille, die ihnen die genannte Anstalt ebenfalls leihweise liefert, durch Veranstaltung von Schulvorstellungen Mittel für die Bezahlung der Projektionsapparate erhalten, so daß sie dieselben ohne Mißhilfe des Staates in einem bis zwei Jahren abzahlen können. Auf diese Art wird die Kinematographie in den Schulen, die namentlich in den westeuropäischen Staaten stark verbreitet ist, ermöglicht werden.

Ein Mord? Bei der Uebersahrt in der Nähe der Kaiserinsel in Prag-Subensisch wurde eine etwa 25- bis 30jährige Frauenleiche aus dem Wasser gezogen. Die Unbekannte ist von mittlerer Statur, hat rundes Gesicht, schwarze lange Haare und braune Augen. Die Leiche hat auf der Stirne eine sieben Zentimeter lange Schnittwunde. Da die Todesursache nicht festgestellt werden konnte, wurde die Leiche dem gerichtlichen Institut zur Obduktion übergeben. Ob es sich um einen Mord oder Selbstmord handelt wird die Obduktion aufklären.

Mordversuch am Gatten. Der 32jährige Bergschüler Wladimir Sefel in Gruscha (Schlesien) unterzieht ein Verhältnis mit der Gattin des Schneidergesellen Pospisil, dessen Weib Sefel derzeit zu beherrschen versteht, daß er mit ihr Mordpläne entwarf, wie sie sich des unbedarften Mannes entledigen könnten. Vier Mordversuche plante das verbrecherische Paar, die alle mißlangten; zunächst wollten sie den Mann in den Wald locken und dort mit Benzin begießen und verbrennen dann wollten sie ihn von einem Eisenbahnzuge überfahren lassen, nachdem sie ihn mit Gewalt auf das Geleise gebracht hätten; einmal schüttete Sefel bei einer Tanzunterhaltung Gift in das Glas des Pospisil, aber das Gift fiel sich am Boden an und der Trunk schadete dem Manne nicht. Als nun aber Sefel den Plan sahnte den Pospisil zu erschlagen, erfaßte dieser den Mordplan und wollte behördlichen Schutz anrufen. Nun erschloß sich Sefel aus Furcht vor der Verhaftung selbst und hinterließ ein Schreiben, in dem er alle Schandthaten gestand. Die Frau wurde verhaftet.

Verbrannt. Als die Bedienerin Paula Seid in Witkowitz auf einem Ofen Terpentin mit Zeile kochte, fing die Flüssigkeit Feuer; die Kleider der Seid gerieten in Brand; als lebende Fackel stürzte sie aus der Wohnung und erlag, trotz der sofortigen Hilfeleistung seitens der Nachbarn, den fürchterlichen Brandwunden.

Jetzt kann es wieder los gehen. Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß der französische Kriegsminister definitiv ein neues Modell des automatischen Gewehres, das eine französische Erfindung darstellt und sich außerordentlich gut bewährt hat, für die Infanterie einführen will. (Herr Udrzal, Sie werden doch nicht hinter dem Verbündeten zurückstehen wollen?)

Die Folgen der Taktlosigkeit der Washingtoner deutschen Gesandtschaft. Wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, kam es vor der deutschen Botschaft in Washington zu deutschfeindlichen Demonstrationen, weil die Flagge nicht auf Halbmaße wehte. Die Polizei zerstreute die Menge. Das Blatt teilt ferner mit, daß die Anfrage des deutschen Botschafters Wiedfeldt, wie er sich zu verhalten habe, schon zwei Tage vor dem Tode Wilsons erfolgt ist. Das zeige einen Mangel an persönlicher Initiative oder Furcht vor persönlicher Verantwortung. Wiedfeldt habe dann den amerikanischen Journalisten die von Berlin erhaltenen Weisungen mitgeteilt, also die Verantwortung auf die Regierung geschoben. Viel schärfer noch ist die Kritik des „Vorwärts“, der u. a. schreibt: Ist es schon höchst erstaunlich und bedenklich, daß ein Botschafter so wenig Selbständigkeit zeigt, so ist der Bescheid des Auswärtigen Amtes schlechthin skandalös. Es ist ganz offenkundig, daß die maßgebenden Herren vom Auswärtigen Amt sich vor einer Wiederholung der deutschnationalen und deutschvölkischen Hege wie bei der Beileidskundgebung für das Lustschiff „Dymide“ gescheut und deshalb diese blödsinnige Instruktion hindergesetzt haben.

Eine völkische Verleumdung. Die von der rechtsstehenden Presse gegen den preussischen Minister Genossen Seveering gerichtete Verleumdung, er habe, obwohl es in seiner Macht gestanden habe, die Hinrichtung Schlägerers durch die Franzosen nicht verhindert, indem er und die politische Polizei pflichtwidrig die Verhaftung von Personen veranlaßt hätten, die Schlägerer befreiten wollten, ist durch den Auszug des von Seveering und dem Leiter der politischen Polizei in Ebersfeld gegen die „Bergisch-Märkische Zeitung“ angestregten Beleidigungsprozesses in ein Nichts zerfallen. Die Strafammer des Landgerichts Ebersfeld stellt in ihren Urteilsurteilen ausdrücklich fest, daß dem angelegten Redakteur der Wahrheitsbeweis nicht gelungen sei, daß er weder Seveering noch die politische Polizei irgend wie für die Ermordung Schlägerers verantwortlich gemacht werden könnten. Damit sollte diese Legende ein für allemal abgetan sein. Werden die Mütter der Rechten diese gerichtliche Klarstellung vorbehaltlos zur Kenntnis bringen, oder werden sie die Verleumdungskampagne fortsetzen? Bei der Wahrheitsliebe der völkischen Presse ist jedenfalls nur das Letztere zu erwarten. Lebt die Presse doch von der Verleumdung der verhafteten „Roten“ und von der Dummheit ihrer Leser.

Kommunistische Hege in der Pfalz. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Mainz, daß von den Franzosen in der Pfalz, in Mainz und Wiesbaden 60 Kommunisten verhaftet wurden, unter dem Verdachte, antimilitaristische Propaganda gegen die Besetzungstruppen betrieben zu haben. Die Verhafteten wurden sämtlich nach Mainz gebracht und werden streng bewacht.

Der Hitlerprozess zieht weitere Kreise. Die „Völkische Zeitung“ meldet aus München, daß am Montag in der Angelegenheit des Hitlerprozesses eine Reihe von neuen Verhaftungen vorgenommen worden ist. Die Namen der Verhafteten waren noch nicht festzustellen.

Maisch wirtende Götter. Der Pariser „Populaire“ veröffentlicht einen Prospekt, den eine Dresdener Firma an die Pariser Devotionalienhändler versendet. Er lautet in deutscher Uebersetzung:

Spezialität für katholische Länder
Heiligenbilder in Radium.

Sie leuchten in der Dunkelheit, und wenn man abends vor ihnen ein Gebet verrichtet, üben sie eine sehr große magische Wirkung aus.

Die Ausführung der Bilder ist sehr solid. Sie können gleichermaßen für Buddhisten und andere Konfessionen geliefert werden.

Diese Bilder stellen eine sensationelle Erfindung dar und werden zu Millionen verkauft. Auch Amulette werden in gleicher Ausführung hergestellt.

Da sage man noch, daß es in der Gottesfabrik keinen Fortschritt gibt! Katholiken, Buddhisten, Fettschambeter werden mit solid ausgeführten, magisch wirkenden Göttern beliefert. Vielleicht kriegen wir nächstens ein Werk über Radiotheologie.

Ein Schullehrer, der Mädchen mißbrauchte. Vor der Strafammer im Raumburg hatte sich der Rektor Ernst Hummel aus Streckau unter der Beschuldigung, sich an einer größeren Anzahl Schulkinder vergewaltigt zu haben, zu verantworten. Zeugen waren zehn Mädchen, die

1922 aus der Schule entlassen sind. Es wurde nachgewiesen, daß der Rektor neun dieser Mädchen, als sie noch bei ihm den Unterricht besuchten, mißbraucht hat. In der Verhandlung suchte er die Sache als harmlos hinzustellen. Er sei unschuldig und lediglich ein Opfer proletarischer (?) Gegnerschaft. Die Anzeige sei von linksgerichteten Leuten erlattet worden, die ihn, den politisch Andersdenkenden, treffen wollten. Als dieser Einwand nicht verfiel, erklärte er, es sei manches Unerlaubte vorgekommen, aber er habe in unbehauptetem (!) Zustande gehandelt. Seine Mutter sei im Irrenstift gestorben, der Vater, von Beruf Gaswirt, sei Trinker gewesen. Er selbst leide an epileptischen Anfällen, die einen Zustand der Bewußtlosigkeit zur Folge hätten. Die Ärzte, die ihn beobachtet hatten, gaben übereinstimmend an, daß Geisteskrankheit nicht vorliege. Das Gericht erkannte auf fünf Jahre Gefängnis unter Anrechnung von sechs Monaten Untersuchungshaft.

Die englischen Minister verzichten auf einen Teil ihrer Bezüge. Macdonald, der als erster englischer Lord, Schatzmeister und Minister des Auswärtigen Amtes, Anrecht auf ein Gehalt von 10.000 Pfund hat, will sich mit der Hälfte begnügen. Lord Haldane, dem als Lordkanzler ebenfalls 10.000 Pfund zustehen, erklärt, nur 6000 zu nehmen. In unterrichteten englischen Kreisen nimmt man an, daß noch andere Minister auf Teile ihrer Bezüge verzichten werden.

Eine Ehrung Lenins. In der ersten Sitzung des Föderalrates der Volkskommissare des Verbandes der sozialistischen Sowjetrepubliken wurde beschlossen, das Bild Lenins dauernd im Sitzungssaal anzubringen und seinen Lehnsuhl nicht mehr zu benutzen.

Bitte um Begnadigung eines „weißen“ Generals. Der Revolutionsausschuß der Sowjetrepublik des Fernen Ostens sandte an den Zentralvollzugsausschuß (ZVA) der russischen Sowjetrepublik das Ansuchen, den vom Revolutionstribunal zum Tode verurteilten General Pospeljajew und seinen Mitschuldigen zu begnadigen. Das Ansuchen wird mit dem Hinweis auf die von dem Verurteilten an den Tag gelegte Reue begründet. (General Pospeljajew war Kommandant der weißen Abteilungen, welche im Territorium von Irkutsk mit Unterstützung der Bevölkerung gegen die Sowjetregierung bis zum Jahre 1923 gekämpft haben, und zwar auch dann, als sämtliche übrigen weißen Abteilungen das russische Gebiet im Fernen Osten im Jahre 1922 verlassen hatten.)

Wilson's Begnadigung. In der amerikanischen Kathedrale in Washington wurde Minnow Wilson unter höchsten Ehren beigegeben. Präsident Coolidge, die Mitglieder des Kabinetts und das diplomatische Korps nahmen an der Feier teil. Die Regierungsbüros sowie pa. und Industrie im ganzen Lande hatten die Arbeit für kurze Zeit als Zeichen der Trauer eingestellt.

Ein englischer Sensationsprozess. In London hat ein sensatloneller Prozess gegen die Direktoren der Versicherungsgesellschaft „Equitable“ begonnen. Die Direktoren dieser Gesellschaft gehören zu den bekanntesten Persönlichkeiten der Geschäftswelt und der angesehensten Gesellschaftskreise. Einer von ihnen ist Lord Peter und ein anderer Kämmerer des Königs. Sie werden beschuldigt, in der Ausübung ihrer Ämter Unregelmäßigkeiten begangen zu haben. Einige der berühmtesten Rechtsanwälte Großbritanniens werden die Angeklagten verteidigen.

Vom mexikanischen Krieg. Die Aufständischen haben Veracruz ruhig geräumt. Die Zivilbehörden haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen.

Die Zunahme des Luftpostverkehrs. Zahlen, die von der englischen Postverwaltung veröffentlicht werden, zeigen, wie sehr der Luftpostverkehr im vergangenen Jahr gestiegen ist. Die Briefbeförderung von London nach Kairo wuchs von etwa 400 Pfund während des ersten Viertels von 1923 zu mehr als 4000 Pfund im dritten Viertel. Das Gesamtgewicht der Briefe, die im vergangenen Jahr von und nach Kairo, durch die Luft befördert wurden, belief sich auf fast 10.000 Pfund, d. h. etwa 142.000 Briefe. Gegen 315.000 Briefe wurden auf dem Luftpostwege von London nach Tokio und Bagdad befördert, gegen 175.000 im Jahre 1922. Die Zahl der Luftpostbriefe von London nach Paris wird mit 23.000 angegeben.

Eine neue deutsche Insel. Das Deutsche Reich ist um eine neue Insel, die aus dem Meer gewachsen ist, vermehrt worden. Infolge der gewaltigen Ablagerungen von Sand und Schlamm ist zwischen den Inseln Vorkum und Juist eine neue Insel entstanden, für die die preussische Regierung bereits einen Standvogt bestellt hat. Die Insel hat amtlich den Namen Memmert erhalten. Ihre Grundlage ist die frühere große Insel Vant, die im Jahre 1895 vom Meer verschlungen worden war und die heutigen Inseln Nordenerney, Vorkum und Juist, die sie miteinander verbunden hatte, zu selbständigen Inseln machte.

Der Bodensee als Riesentalperre? Der Plan, den Bodensee als Riesentalperre für den Rhein auszubauen, wird jetzt näher erwogen. Die Regulierung des Bodensees sieht eine Stauung von dem Konstanzner Niedrigwasserstand von drei Meter auf den Hochwasserstand von 4,8 Meter vor. Dadurch würde eine Auffpeicherung von einer Milliarde Kubikmeter ermöglicht und die Wasserführung des Oberrhodens von 40 Kubikmeter in der Sekunde auf 100 bis 140 Kubikmeter erhöht werden.

Dochwasser in Persien. Infolge heftiger Regengüsse ist nahezu die ganze Provinz Arabistan (Persien) unter Wasser. Viele Personen sind ertrunken.

Wenn Skifahrer vermisst. Nach einer Meldung des „Salzburger Volksblattes“ werden im Gebiete des Sundsfjörns im Pinzgau fünf Skifahrer aus Zell am See und vier aus Salzburg vermisst. Die Touristen hätten programmgemäß am Dienstag zurückkehren sollen. Nachforschungen sind eingeleitet.

Wetterübersicht vom 7. Feber. Durch die von Norden herandrückende Kaltwelle und infolge der zeitweisen Aufhellung in der Nacht sind in unseren Gegenden zumeist Fröste eingetreten. Donnerstag früh sanken die Temperaturen in Mittelböhmen auf -2 Grad Celsius, in den böhmischen Randgebieten auf -5 Grad Celsius. Die bei stürmischem Winde vom Mittwoch vormittags verursachten Niederschläge, welche stellenweise von Gewittern begleitet waren, ergaben nur kleinere Wassermengen (Prog 2 Millimeter). — W a r s c h e i n l i c h e s W e t t e r v o n h e u t e : Andauern des veränderlichen Witterungscharakters.

Vom internationalen Mädchenhandel.

Aus den Erinnerungen des Kriminalkommissars v. Treflow, die dieser unter dem „Bon Fürsten und anderen Sierblischen“ bei Fontane u. Co. in Berlin demnächst erscheinen läßt, veröffentlicht wir auszugsweise ein Kapitel, das eine der übelsten Schattenseiten der menschlichen Gesellschaft behandelt. Die übrigen Teile des Buches sind insbesondere in politischer Hinsicht recht belanglos.

Unter Mädchenhandel versteht man das Anwerben und Verhandeln von weiblichen Personen zu unethischen Zwecken. Es ist ein internationales Verbrechen, „La traite des Blancs“ genannt, das man bei allen Völkern findet und so alt ist wie die Völker selbst. Natürlich haben sich die Bedingungen und Voraussetzungen geändert unter denen er jetzt stattfindet, und er vollzieht sich heute in den Formen, die den Verkehrsverhältnissen und den gesellschaftlichen Zuständen angepaßt sind, unter denen wir jetzt leben.

Opfer des Mädchenhandels

Sind jene Frauen und Mädchen, die infolge ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage und ihrer geringen Bildung geneigt sind, sich verkaufen zu lassen. Sehen wir uns die Insassen der Bordelle näher an, so finden wir, daß sie fast alle den unermittelten und wenig gebildeten Gesellschaftsklassen angehören. Mädchen aus sozial höher stehenden Familien bilden die Ausnahme. Länder, in denen gesunde Wirtschaftsverhältnisse walteten, sind an dem schmachtvollen Mädchenhandel verhältnismäßig wenig beteiligt. Länder dagegen mit kümmerlicher wirtschaftlicher Entwicklung und schlechten Schulverhältnissen sind die Orte, wo die Mädchenhändler mit Vorliebe ihre Opfer suchen und auch finden. Leider haben sich auch in Deutschland seit dem unglücklichen Kriege diese Verhältnisse sehr zum Schlechteren geändert, und infolge der schlechten Wirtschaft treiben die Mädchenhändler auch in Deutschland ihre Geschäfte mit gutem Erfolge. Eine Besserung dieser Verhältnisse läßt sich nur erwarten von einer unermüdeten Aufklärungsarbeit und von der Herstellung einer besseren Gelegenheit für Frauenerwerb.

Die Mädchenhändler

gehen, um ihre Zwecke zu erreichen, gewissenlos vor. Der Gewinn, den sie aus ihrem Geschäft ziehen, ist ein so reicher und ein in verhältnismäßig kurzer Zeit ohne große Mühen erwerblicher, daß sie keine Geldmittel scheuen, um an Ziel zu gelangen. Weiße Reisen, nobles Auftreten, reiche Geschenke und Trinkgelder spielen bei diesem Geschäft eine Hauptrolle; die Ausgaben werden durch den Gewinn reichlich wieder uitgemaakt. Mit Vorliebe bedient sich der Mädchenhändler bei seinem Geschäft der Inserate in den großen Zeitungen. Er inseriert den Annoncenteil und sendet an die Mädchen, die sich als Stellverreterinnen, Modistinnen, Verkäuferinnen usw. anbieten, Offerten mit den glänzendsten Versprechungen. Dann tritt entweder er selbst oder eine seiner Agentinnen an die Opfer persönlich heran, und unter tausend Versprechungen werden diese für eine brillante Stellung im Auslande angeworben. Oft setzen die Mädchenhändler auch selbst Inserate in die Zeitungen, in denen sie gute Stellen im Auslande versprechen. Ja, sie scheuen auch nicht zurück, wenn es sich um ein besonders hübsches Mädchen handelt, ihm den Hof zu machen, sich mit ihm zu verloben und es sogar zu heiraten.

Der Mädchenhändler oder seine Agentinnen führen in der Regel auch ganze Koffer voll Kleider, Wäsche und billiger Schmuckstücke mit sich, durch deren Hingabe sie die armen Opfer betören und verlocken. Haben sie mehrere Mädchen angeworben, so verschicken sie diese nicht etwa in Trupps, sondern möglichst einzeln oder zu zweien, nur begleitet und bewacht von einer weiblichen Vertrauensperson. Erst am Bestimmungsort oder kurz vorher tritt der Mädchenhändler persönlich in Aktion um die Mädchen in die verschiedenen Häuser abzuliefern und den künftigen Lohn für seine Mätelverwaltung einzustreichen. In ihren Mitteilungen geschäftlicher Natur bedienen die Mädchenhändler sich gewisser Fachausdrücke, um ihr sichtsicheres Treiben zu verbergen und sich der Verfolgung zu entziehen. Sie sprechen in ihren Geschäftsbriefen von „lebender Ware“ und telegraphieren z. B. „5 Fah Ungarwein kommen in Belgrad an“ oder „3 Sach Kartoffeln lagern in Warna“. In

Willigkeit handelt es sich im ersteren Falle um fünf schöne Ungarinnen, im letzteren Falle um drei weniger hübsche Mädchen.

Mit dem Mädchenhandel verwandt ist auch das Treiben der sogenannten

Impresarios für Tengel-Tangel

und ähnliche Anstalten. Diese Leute werben junge und hübsche Mädchen an, um mit ihnen das In- und Ausland zu bereisen, nachdem sie ihnen binnen weniger Wochen ein paar Tanzschritte und einige Lieder eingeübt haben. Die künstlerischen Leistungen sind oft gleich Null; es kommt bei diesen Tanzensembles, Damenkapellen usw. lediglich auf hübsches Aussehen und ungeniertes Benehmen den Herren gegenüber an. Eins aber müssen alle Mädchen verstehen: ordentlich zu trinken und mit den erschienenen Kavaliern in dem Extrazimmer sich zu unterhalten. Wehe denen, die sich hiervon ausschließen wollten, schlechte Behandlung und Schläge von seiten des Impresarios würde die Folge sein, denn hierin verstehen diese Herren, die mit dem Wirt des Lokals unter einer Decke stecken und Projekte von dem getrunkenen Champagner erhalten, keinen Spatz. Ueberaus schwer, oft ganz unmöglich ist es, an diesen geradezu skandalösen Zuständen etwas zu ändern, denn die Mädchen stehen derartig unter der Gewalt ihrer Peiniger und sind so eingeschüchtert, daß sie nur in den seltensten Fällen dazu zu bringen sind, vor Polizei oder Gericht eine wahrheitsgetreue Aussage zu machen.

Eine weitere Art des Mädchenhandels ist auch das Verschicken der Mädchen von einem öffentlichen Haus in ein anderes. Man kann hier allerdings von einem eigentlichen Handel nicht sprechen, denn die Verschickung der Mädchen geschieht mit deren Wissen und meistens auch mit deren Einwilligung. Es handelt sich hier nicht um unerfahrene und unverdorben Mädchen, sondern um solche, die oft schon jahrelang dieses Leben führen. Vom moralischen Standpunkt aus ist diese Art Handel natürlich ebenso verwerflich wie der Mädchenhandel im eigentlichen Sinne.

Ueber die Nützlichkeit oder Schädlichkeit von Bordellen, öffentlichen Häusern, Freudenhäusern, maisons de tolerance, wie sie auch genannt werden, ist schon viel gestritten worden, und sowohl Aerzte wie auch Geisliche, Politiker und Verwaltungsbeamte haben in dieser heiklen Angelegenheit das Wort ergriffen. In den letzten Jahrzehnten ist wohl die Mehrzahl derer, die sich mit dieser schwierigen Materie befaßt haben, zu der Ansicht gekommen, daß der Schaden dieser Institute größer ist als der angelegliche Nutzen, den sie gewähren, daß sie sich überlebt haben und für die heutige Zeit nicht mehr passen.

Die Insassen der Bordelle.

gehören fast alle den unermittelten und wenig gebildeten Gesellschaften an. Diese Mädchen geraten in kurzer Zeit in eine völlige Abhängigkeit von den Bordellwirten; diese mühen sie in der schamlosesten Weise aus und machen sie wirtschaftlich von sich abhängig: Bargeld bekommen sie fast nie in die Hand. Alle Einnahmen, mögen sie auch noch so hoch sein, werden für Essen und Trinken, Wohnung und besonders für die Garderobe berechnet, und zwar so, daß die Mädchen immer in der Schuld ihrer Wirte bleiben. Im Anfang versuchen zwar Mädchen, die zum erstenmal ein solches Haus bewohnen, sich aufzulehnen; die Wirtinnen wissen aber jeden eigenen Willen sehr schnell zu unterdrücken, und hierbei werden sie merkwürdigerweise von den älteren Bordellinsassinnen unterstützt. Ist ein Mädchen aber erst einmal ein paar Monate in solchem Hause, so hört jeder eigene Wille auf, das Interesse an Vorgängen der Außenwelt erlischt, und alles dreht sich bei den unglücklichen, vertierten Geschöpfen nur darum, sich im Hause eine angenehme Stellung zu verschaffen, die bunten Kleider zu tragen und sich mit wertlosem, und auffallendem Schmuck, der natürlich auch von dem Bordellwirt bezogen wird, zu bekümmern. Die Einnahmen für Kleider, Wäsche und Schmuck sind für den Wirt oder die Wirtin ganz ungeheuer, da diese die Preise festsetzen und es dabei genau verstehen, die Mädchen durch bereitwilliges Kreditgeben in neue Schulden zu stürzen.

Die Dirnen werden von den Bordellinsassern ausgefängt, von Ort zu Ort und von Land zu Land verkauft.

Wie ist Mädchenhandel zu bekämpfen?

Da er ein internationales Verbrechen ist, das vor den Landesgrenzen nicht Halt macht, so genügen auch die Landesgesetze nicht zu seiner erfolgreichen Bekämpfung. Dies zuerst eingesehen zu haben, ist das unbestreitbare Verdienst eines privaten Vereins, der in London gegründet worden ist und sich den Kampf gegen den Mädchenhandel zu seiner Aufgabe gemacht hat. Von England ging die Bewegung aus, und in den verschiedenen europäischen Ländern wurden Komitees und Vereine zu dem gleichen Zweck gegründet, die mit dem Londoner Zentralkomitee in enger Verbindung blieben.

Am 18. Mai 1904 wurde in Paris von den verschiedenen Regierungen der europäischen Länder ein Abkommen unterzeichnet, das wichtige Bestimmungen für die internationale Bekämpfung des Mädchenhandels enthielt.

Nach Artikel I des Abkommens hatten sich die vertragschließenden Staaten verpflichtet, eine Behörde zu errichten, der es obliegen sollte, alle Nachrichten über Anwerbung von Frauen und Mädchen zum Zwecke der Anzucht im Auslande an einer Stelle zu sammeln. Diese Behörde sollte das Recht haben, mit den anderen gleichartigen ausländischen Behörden unmittelbar zu verkehren.

Kleine Chronik.

Die Kraft des Willens zum Leben. Ein ergreifendes Beispiel für die Willenskraft des Menschen, dem Tod zu widerstehen, bot ein Kranker in einem Londoner Hospital, der vor mehr als sechs Wochen dort, mit einem unheilbaren Leiden behaftet, schon fast sterbend eingeliefert wurde. Eine Operation erschien aussichtslos, und die Aerzte gaben dem Patienten höchstens noch eine Woche zum Leben. Als man ihm sagte, daß er bald sterben müsse, drückte er das lebhaftest Verlangen aus, noch einmal seinen jüngsten Sohn zu sehen, der nach Australien ausgewandert war. Es wurde ein Telegramm an den Sohn abgefaßt, und mit dem Kabel kam die Antwort, daß er sich sofort auf den Weg gemacht habe. Der Tottwank ließ sich eine Karte ans Bett bringen, auf der er den Weg verfolgte, den sein Junge zurücklegte. Jeden Tag beobachtete er die Station, die er gerade erreicht haben konnte und blühte sehnsüchtig nach diesem Punkt der Karte. Ein Lächeln ging über seine Züge, wenn er feststellte, daß die Strecke immer kürzer wurde. So verging Woche um Woche. Der Kranke schien nur noch in diesem einen Gedanken zu leben, und die Aerzte erklärten, daß all'in kein starker Wille, den Sohn noch einmal zu sehen, den Tod fernhalte. An dem Tage, an dem der Dampfer in Southampton anlegte, erwachten seine Lebensgeister zu einer erstaunlichen Frische, und als der schließlich Erworbenen in seinen Armen lag, da bot der Vater das Bild wunschlosen Glückes. Eine Stunde nach dem Wiedersehen verschied er still und friedlich.

Entwässerung der Nordsee. Eine Volkszählung der Fische im Meer ist ein schwieriges Unternehmen, das aber seit einiger Zeit von den Fischereifachverständigen Englands in dem weiten Gebiet der Doggerbank auf einer Strecke von 400 Kilometern von Nordosten nach Südwesten und von 250 Kilometern von Norden nach Süden ausgeführt wird. Etwa eine Woche lang werden mehrere hundert Proben von dem Material des Meeresgrundes genommen, und dieses Material wird dann der eingehendsten Sortierung und Zählung unterworfen. Frühere solche „Volkszählungen“ zeigten, daß auf einem Gebiet von etwa 1200 Quadratkilometern der Bank sich eine gewaltige Menge eines kleinen Weisfisches fand, der „Spirula lupruncata“ genannt wird. Dieser Fisch ist die Hauptnahrung der Schollen und Schellfische. Die ganze Bevölkerung der Doggerbank wurde auf 4 680 000 Millionen Junge und 500 000 Millionen Erwachsene geschätzt. Das Gesamtgewicht der jungen und ausgewachsenen Spirulae betrug nach diesen Angaben 19 000 Tonnen. 15 000 Tonnen davon waren Jungfische. Die letzten Beobachtungen haben nun ergeben, daß an den Stellen, an denen der Fisch früher so zahlreich war, jetzt nur noch wenige Spirulae zu finden sind, und zwar alles ausgewachsene Tiere. Es gibt keine neue Anzucht. Es fehlt also für die Schollen und Schellfische eine Nahrung von 15 000 Tonnen, und es ist daher mit einer Entwässerung dieses Teiles der Nordsee zu rechnen.

Volkswirtschaft.

Gegen die Lehrlingsausbeutung.

In der letzten Zeit ist die Ausbeutung der Lehrlinge und Lehrlinginnen ins Unermessliche gestiegen. Diese Tatsache veranlaßte die deutsche und die tschechische sozialistische Jugendorganisation, im Ministerium für soziale Fürsorge eine Deputation zu entsenden. Die Deputation, an der für den Sozialistischen Jugendverband Paul Skoutaj an und für die tschechische Jugendorganisation Bauer und Hörner teilnahmen, sprach am 7. d. beim Minister Habermann vor und unterbreitete in einem ausführlichen Memorandum die Beschwerden und Forderungen der arbeitenden Jugend. Der Minister nahm die Erklärungen der Vertreter der Jugendverbände zur Kenntnis und versprach, die zuständigen Stellen anzuweisen, auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen für die Lehrlinge zu dringen. Hierauf sprach die Deputation noch beim Zentralgewerbeinspektor Ing. Polorny vor, der erklärte, die Gewerbeinspektion zu beauftragen, sich mehr um die wirtschaftliche Lage der Lehrlinge zu kümmern.

Die Bergarbeiter und die Sozialversicherung.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände haben in ihrer Sitzung vom 5. Feber 1924 unter anderem auch über die Stellung der Bruderkassen zur Sozialversicherungsvorlage beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

„Die koalitierten Bergarbeiterverbände haben am 3. Mai 1922 ihrer Forderung nach rascher Einführung der allgemeinen Sozialversicherung Ausdruck gegeben und dabei Bereitwilligkeit ausgesprochen, daß die Versicherung der Bergarbeiter (Bruderkassen) unter der Voraussetzung der vollen Wahrung aller Ertragsansprüche der Bergarbeiter auf dem Gebiete der Versicherung unter Berücksichtigung der besonderen Art des bergmännischen Berufes in der allgemeinen Sozialversicherung einzufließen ist.“

Die koalitierten Bergarbeiterverbände glauben durch diesen Beschluß dazu beizutragen, daß die allgemeine Sozialversicherung wenigstens jene Rechte, die den Bergarbeitern durch das Gesetz vom 11. Juli 1922, S. d. G. u. V., Nr. 242, in materieller und ideeller Beziehung festgesetzt, gewährt, die in der parlamentarischen Verhand-

lung befindliche Regierungsvorlage über die Einführung der Sozialversicherung bedeutet in dieser Hinsicht eine Enttäuschung.

Die Leistungen der Sozialversicherung bleiben leider hinter den Leistungen nach dem Bruderkassengesetz vom 11. Juli 1922, Nr. 242, S. d. G. u. V. zurück, die Organisation der Sozialversicherung gewährt so gut wie keine Autonomie, welche den Bergarbeitern gesetzlich gesichert ist.

Die koalitierten Bergarbeiterverbände nehmen daher zur Kenntnis, daß unter den gegebenen Verhältnissen das Zusammenlegen der Bergarbeiterversicherung mit der allgemeinen Sozialversicherung unmöglich ist und die berufsspezifische Versicherung der Bergarbeiter aufrecht bleibt. Die Bergarbeiterverbände halten jedoch an der Forderung fest, daß das gegenseitige Verhältnis zwischen der Bruderkassenversicherung und der allgemeinen Sozialversicherung derart zu regeln ist, daß die Gleichberechtigung beider Versicherungsinstitutionen gewahrt, die besonderen Ertragsansprüche der Bergarbeiter und die volle Freizügigkeit berücksichtigt und den Bruderkassenrentnern unter den gleichen Bedingungen wie den Rentnern, nach dem Gesetze über die Sozialversicherung, der Staatszuschuß gewährt wird. Aus der Regierungsvorlage über die Sozialversicherung, sind alle Bestimmungen zu entfernen, welche die angeführte Regelung des Verhältnisses zwischen der Bruderkassenversicherung und der allgemeinen Sozialversicherung hindern könnten.

Da bei den gegebenen Verhältnissen die Aufrechterhaltung der berufsspezifischen Sozialversicherung der Bergarbeiter notwendig ist, fordern die koalitierten Bergarbeiterverbände das Inkrafttreten des Gesetzes vom 11. Juli 1922, Nr. 242, S. d. G. u. V., spätestens mit dem Beginne des zweiten Halbjahres 1924.

Die Agrarier und die Krankenkassen.

Die stärksten Feinde jeder Sozialpolitik für die Landarbeiter sind die Agrarier. Die Kollektivverträge, die sie mit den Organisationen der Landarbeiter abschließen müssen, sind in ihren Augen ein unerwünschter Eingriff in ihre angestammten Rechte. Von der Ausdehnung der Unfallversicherung, der Gewerbeinspektion, der Gewerbegerichtsbarkeit auf die Land- und Forstarbeiter wollen sie nichts wissen. Da sie die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter nicht verhindern konnten, haben sie es wenigstens durchgesetzt, daß in einer Reihe von Bezirken eigene landwirtschaftliche Kassen errichtet werden. Wenn sie schon die Kassen nicht umbringen können, dann sollen diese wenigstens unter ihren Einfluß kommen. Wie aber solche Kassen ausfallen, die von den Agrariern beherrscht werden, kann man sich denken. Die Leistungen der Kassen an die Mitglieder werden herabgedrückt, damit die Arbeitgeber Beiträge erparen. An Medikamenten wird gespart, spezialärztliche Behandlung wird verworfen, in jeder Hinsicht werden beeinträchtigt, damit sie die kranken Arbeiter arbeitsfähig erklären. Ein Beweis hierfür ist ein Schreiben, das unlängst der Gewerbeverband Rühlich-Schönberg der Organisation der deutschen Landwirte während der tschechische Wirtschaftskongress für denselben Bezirk an seine Mitglieder gesandt hat. Darin heißt es unter anderem:

Nachdem nun aber die Herren Aerzte die einzigen sind, die eine ungerichtfertige Ausbeutung der Krankenkassen durch arbeitsfähige Elemente verhindern können, und nachdem auch die Herren Aerzte ein ganz hervorragendes Interesse am Weiterbestehen der Krankenkasse haben, so hoffen wir, daß auch Sie uns, sehr geehrter Herr Doktor, in unserem Bestreben, ein wahrhaft soziales und dabei auch lebensfähiges Unternehmen zu schaffen, in jeder Beziehung wirksam unterstützen werden. Sollte es aber auch in Zukunft in einzelnen Fällen den gegenwärtig von unseren Arbeitnehmern in Anspruch genommenen Herren Aerzten nicht immer möglich sein, zwischen solchen Kranken, die dabei arbeitsfähig, und solchen, die es nicht sind, rein sachlich zu unterscheiden, so werden wir nicht davor zurückstehen, unsere Einflüsse dahin geltend zu machen, daß einige junge, existenzlose Aerzte mit einem ausreichenden Existenzminimum als Kassenärzte angestellt werden, damit wir auf diese Weise unser Ziel früher erreichen.

Mit Recht bemerkt der „Land- und Forstarbeiter“, der den betreffenden Brief im Wortlaut abdruckt, daß tschechische und deutsche Agrarier rasch einig werden, wenn es gegen die Arbeiter geht. Das Schreiben stellt sich, wenn auch in heuchlerischer Form als eine ganz unangehörige Beeinflussung der Aerzte dar. Der Arzt muß unter allen Umständen den Kranken als arbeitsfähig erklären, damit die Kassenbeiträge niedrig bleiben. Da die Agrarier mit ihrer Gründung Schiffsbruch erlitten und die landwirtschaftliche Klasse mit niedrigen Beiträgen nicht bestehen kann, so wenn sie bestehen wollte, höhere Beiträge einheben müßte als die sehr geschmähte Bezirkskrankenkasse, deshalb der Wink mit dem Jauchpfahl an die Aerzte. Die Mitglieder sollten direkt um ihre Rechte, um ihre Krankentendenien bestreben werden und die Aerzte sollten an diesem Diebstahl über Befehl des Gewerbeverbandes Rühlich-Schönberg der deutschen Landwirte ganz hervorragend mitwirken. Und machen sie das nicht, können sie das nicht mit ihrem Gewissen vereinbaren, so wird man an ihre Stelle eben junge, stellenlose Aerzte, die das machen werden, einstellen. Fürwahr dieses Schreiben spricht Bände. Die Masse der Landarbeiter ersticht daraus, was sie zu erwarten hätte, wenn die agrarischen Bonzen so recht nach Herzenslust schalten und walten könnten.

Große soziale Kämpfe in Norwegen.

Die Zentralkommission des norwegischen Arbeitgeberverbandes hat die Aussperrung der Arbeiter mechanischer Werkstätten, die angeblich ungezügelt in den Streik getreten seien, desgleichen der Arbeiter einer Reihe anderer Betriebe, darunter aus dem Bauhandwerk, der Tabak- und der Holzbearbeitungsindustrie, für den 7. Feber angeordnet. Die Aussperrung tritt nach Ablauf der Kündigungsfrist in Kraft. Sie wird 36.000 Mann umfassen, darunter die Arbeiter, die sich im Streik befinden. Weiter beschloß die Zentralkommission des Arbeitgeberverbandes, daß spästens noch acht Tagen die Aussperrung von weiteren 24.000 Mann angekündigt werden soll. „Arbeiterbladet“ teilt mit, daß die gewerkschaftliche Landesorganisation der Arbeiter beschloßen hat, in der Papier- und Zellulose-Industrie den Sympathiestreik zu erklären. Der Streik wird gegen 13.000 Mann umfassen.

Zum Metallarbeiterstreik in Vodenbach Im Kampfe der Metallarbeiter ist eine Verschärfung dahingehend eingetreten, daß bei den Firmen Garmis, Hönlisch, Hoardt, Meuser, Rehner, Dechster und Pfannschmidt die Aussperrung verlaubar wurde und zwar in dem Sinne, daß, wenn die Arbeiter von Bergmann, Chaudoir und Graba bis 7. Feber mit der Arbeit nicht wieder beginnen, am Samstag diese sieben Betriebe stillgelegt werden. Wie aus den Aussprüchen der Vertrauensmänner mit den Firmen klar festgestellt werden kann, handelt es sich um einen direkten Terror des Eisens- und Metallindustriellenverbandes in Teplitz, da die Firmen mit der Aussperrung nicht einverstanden sind, ja mancher Unternehmer sehr böse Worte zur Kritik der Taktik seines eigenen Verbandes gefunden hat. Auch manch anderes aus dem bisherigen Verlaufe ist interessant. In den ersten Tagen schien es, daß die bestreikten Unternehmungen Verständnis für die selbstverständliche Forderung des Kampfes aufbringen und durch gewaltiges Hin- und Herbringen von fertigen Waren aus den Betrieben, kritische Situationen vermeiden wollen. Es blieb wiederum dem hiesigen Sekretär des Industriellenverbandes vorbehalten, einen Versuch zu machen, durch Gewalt Produkte auszuführen. Gen. Zimmer und Schiller wurden am 6. von der politischen Behörde gerufen und ihnen mitgeteilt, daß Bergmann beabsichtigt, einen Waggon Ware aus dem Betriebe herauszuführen. Durch diese Aussprache versuchte die Bezirkshauptmannschaft die Zustimmung des Streikkomitees, bzw. der Gewerkschaft zu erlangen. Da sich diesbezügliche Gegenstellen, blieb es, wie schon erwähnt, dem Herrn Dr. Schrowsky überlassen, zu drohen, und zwar will er, wenn es im Guten nicht geht, Arbeiter, die an dieser Ausfuhr seiner Meinung nach mehr Interesse, als die streikenden Arbeiter von Bergmann aufbringen, mobilisieren, um die Ausfuhr zu erzwingen. Kein Mittel und möge es das schmutzigste sein, ist dem Herrn schlecht genug, um die Arbeiter zu Kreuze zu bringen. Sie werden sich aber täuschen. Die Streikenden haben nicht die Absicht, irgendwie zu provozieren oder die Sache zu verschärfen, sie werden aber — und das sollen sich die Herren des Unternehmerverbandes ein für allemal gesagt sein lassen — alle Mittel anwenden, um die Provokation der Gegenseite zu machen. Wir glauben es dem Herrn Unternehmerssekretär, daß er sehr gerne Streikbrecher anwerben möchte, glauben aber kaum, daß er solche Kreaturen heute noch finden kann. Von der Behörde und ihren Organen erwarten wir aber in diesem Kampfe, mag sich die Situation zuspitzen wie immer, die vollste Neutralität, denn auch sie können nicht mehr im Zweifel sein, daß die Unternehmer diese Bewegung als einen Kampf bis aufs Messer betrachten, welchen sie durch den schamlosesten Terror zu ihren Gunsten meistern wollen.

Die sechste Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes hat ein Schreiben an die Regierungen der 57 Mitgliedsstaaten der Internationalen Arbeitsorganisation gerichtet, mit dem er sie benachrichtigt, daß die sechste Tagung der internationalen Arbeitskonferenz am 16. Juni 1924 in Genf eröffnet werden wird. Die Tagesordnung wird folgende vier Punkte umfassen: 1. Die Abhebung der Freiheit der Arbeiter; 2. Gleichbehandlung ausländischer und einheimischer Arbeiter bei Arbeitsunfällen; 3. Die 24stündige wöchentliche Betriebsruhe in Schlächtereien mit Wannenöfen; 4. Nacharbeit in den Bädereien. Diese Tagung der Konferenz wird sich außerdem mit Fragen zu befassen haben, welche die Tätigkeit der Internationalen Arbeiterorganisation im allgemeinen betreffen, aber nicht den Beschluß von Uebereinkommensentwürfen oder Vorschlägen für die Staatsgesetzgebung erforderlich machen. So z. B. wird über den Bericht verhandelt werden, den das Internationale Arbeitsamt über das Verfahren betreffend die Abänderung von Uebereinkommen zu veröffentlichen hat. Weiterhin wird sich die Konferenz mit dem Bericht des Beirates für Mißbrauch befassen, der gemäß Entschließung des Verwaltungsrates der sechsten Konferenztagung vorgelegt wird. Außerdem steht der Bericht des Direktors des Arbeitsamtes zur Verhandlung, worin eine allgemeine Uebersicht der Wirksamkeit des Amtes in der Zeit vom 1. Juli 1922 bis 31. Dezember 1923 gegeben wird, ebenso enthält der Bericht Angaben über die von den verschiedenen Mitgliedsstaaten ergriffenen Maßnahmen zur Ausführung der von den Konferenzen beschloßenen Uebereinkommensentwürfe und Vorschläge für die Staatsgesetzgebung. Schließlich wird dieser Tagung ein Bericht über die Arbeitslosigkeit vorgelegt werden, enthaltend die Ergebnisse von Erhebungen, welche das Arbeitsamt ausführte, sowie ein Bericht über die Lebenshaltung in Ländern mit entwertetem Gelde.

Kunst und Wissen.

„Don Pasquale“ von Donizetti. Von den 70 Opern Donizettis haben sich nur „Lucia“, „Die Regimentskochin“, „Der Liebestrank“ und „L'elisir d'amore“ in den Bühnenrepertoiren erhalten. Der komische Oper „Don Pasquale“, diesem Spott- und Moralgedicht auf alte heiratslustige Eitel, begegnet man schon seltener auf der modernen Opernbühne, trotzdem das köstliche Werk der besonderen Beachtung wert ist. Neben der ursprünglichen Pariser Ausgabe aus dem Jahre 1843 besteht noch die sogenannte Frankfurter Fassung dieser komischen Oper aus dem Jahre 1902, deren textliche und musikalische Neuausgabe D. J. Bierbaum und W. Kieffeld besorgt haben. In dieser Fassung wurde die Oper auch anlässlich ihrer letzten Neuausgabe bei uns gegeben und erzielte, was gleich vorausgeschickt sei, einen durchschlagenden Erfolg. Diesen dankt sie nicht nur ihrer unverwundlichen und den Rossini-Nachahmer überall verrätenden Musik, sondern vor allem der ganz ausgezeichneten Aufführung. Frau de Garmo als junge Witwe Korina war von bezaubernder Schalkhaftigkeit in der Darstellung und wie immer schlechthin vollkommen in gesanglich-musikalischer Hinsicht. Auch Herr Grebe als Don Pasquale gab eine Meisterleistung voll köstlichen Humors und überraschte durch die Beweglichkeit, Deutlichkeit und ungetrübte Schönheit seiner Stimme im akzentuierten Sprechgesang; ewig schade, daß dieser intelligente Sänger die hohen Töne, namentlich im Forte, zu viel deckt und dadurch quetscht. Herr Eisenberg als prächtig disponierter Eneiso und Herr Hagen als Spiel- und singgewandter Doktor Malatesta ergänzten das vorzüglich zusammengestellte Ensemble, dessen musikalische Vollkommenheit Herrn Kapellmeister Stelzel zu danken ist. Auch Herr Lober als Rezitieur und geschmackvoller Meister der Szene erwarb sich um den schönen Opernabend besondere Verdienste. —ek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Freitag Gastspiel Wolff „Der lebende Leichnam“; Samstag „Lannhäuser“; Sonntag abends „Räb!“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Freitag zum erstenmal „Don Pasquale“; morgen Samstag und Sonntag abends „Der eingebildete Kranke“, hierauf „Die Gezierten“; Sonntag nachmittags „Die deutschen Kleinstädter“.

Aus der Partei.

Ordentliche Kreisversammlung in Aussig. Die Kreisvertretung der Aussiger Parteiorganisation beruft für Sonntag, den 17. Feber 1924 um 8 Uhr vormittags ins Volkshaus (Kleiner Saal) die ordentliche Kreisversammlung mit folgender Tagesordnung ein: Bericht, Neuwahl des Kreisvertrauensmannes, der Kreisvertretung, des Kreisbildungsausschusses und der Kreiskontrolle, Presse, die politische Lage und die Aufgaben der Sozialdemokratie (Referent Abg. Gen. Karl Cermak), Anträge und Anfragen. Die Delegierten haben sich beim Saaleingange mit einem ordnungsmäßig ausgestellten Mandat auszuweisen.

Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, VI. Agitationskreis Aussig.

Jugendbewegung.

Die ordentliche Kreisversammlung des Kreises Karlsbad des Sozialistischen Jugendverbandes fand am 2. und 3. Feber in Falkenau a. E. statt. Welch großes Interesse für die Konferenz vorhanden war, beweist der starke Besuch. 96 Delegierte und 25 Gäste waren anwesend. Die Körperschaften der Partei und die Kreisgewerkschaftskommission vertraten die Genossen Scharing, Wondral, Kraus und die Genossin Löw, den Verbandsvorstand Paul, die „Kinderfreunde“ Lober, die Arbeiterturner Pus. Die Konferenz wurde vom Genossen Hochsam mit einem kurzen Rückblick auf die Kämpfe und die Arbeit in der vergangenen Zeit eröffnet. Nach der Wahl des Präsidiums, in das Mayer (Königsberg), Rachbar (Peschau), Alara Precher (Neudorf), Grundl (Elbogen) und Fritsch (Eger) entsandt wurden, erstattete der

Kreissekretär Tohauer den Tätigkeitsbericht, der ein gutes Bild von der geleisteten Arbeit bot. Obwohl die Entwicklung der Bewegung von der katastrophalen Arbeitslosigkeit ungemein beeinträchtigt wurde, konnten zwei neue Bezirksorganisationen in Risch und Eger gegründet werden. Eine Kreisfrauenkonferenz, die im Juni stattfand, trug viel zur Hebung des Interesses der weiblichen Jugend an der Organisation bei. Die Zahl der Mädchen stieg von 497 auf 850 gegenüber dem Vorjahr. Schöne Erfolge erzielte auch die Bildungsarbeit. — Den Bericht der Kommission erstattete Weikert. Er beantragte die Entlastung des Kassiers und wünschte zugleich eine bessere Schulung der Funktionäre. In der Debatte sprachen außerdem Ostermann (Neudorf), Hochsam, Mayer und Bareither (Königsberg), worauf Tohauer das Schlusswort hielt. Die Beratungen wurden hierauf abgebrochen und auf Sonntag vertagt. Die sonntäglichen Verhandlungen wurden mit einem Referat des Genossen Baboz (Pischera) über „Unsere nächsten Aufgaben“ eröffnet. An dieses Referat schloß sich eine überaus sachliche Aussprache an, der sich die Genossen Jettl, Ostermann, Paul, Kap. Scharing, Anna Stöhr und Weikert beteiligten. Nach dem Schlusswort Babozs behandelte Tohauer die vorliegenden Anträge. Am Nachmittag hielt Verbandsvorstand Paul einen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die Kulturziele des Sozialismus und die Arbeiterjugend“, dem die Konferenz debattelos zustimmte. Bei den Neuwahlen wurde Hochsam wieder zum Kreisvertrauensmann, Mayer zum Stellvertreter und Tohauer zum Sekretär gewählt. Nach einem anerkennenden Schlusswort des Genossen Kraus, der namens der Partei der Jugend für ihre schöne Arbeit dankte, und einigen Worten des Vorsitzenden wurde die Konferenz mit der „Internationalen“ geschlossen.

Turnen und Sport. Die Vorbereitungen für das erste Bundesturnfest

Der Arbeiter in Karlsbad, sind im vollen Gange. Die verschiedenen Festanschlüsse sind bereits an der Arbeit, um die Karlsbader Tage zu echt proletarischen Festtagen zu gestalten.

Unsere Turner und Sportler sind ebenfalls mit dem reichhaltigen Übungsmaterial beschäftigt.

Es werden neben den Massenübungen der Turner und Turnerinnen auch unsere Schülerabteilungen mit schwierigen Freiübungen auf den Plan



Faschings-Krapfen in CERES gebacken
beschweren nicht den Magen.

treten, desgleichen unsere Sportler, Schwimmer und Fußballer ihr Bestmöglichstes bieten.

Wir hoffen, auch eine große Anzahl ausländischer Gäste begrüßen zu können, so daß das Fest einen wahrhaft internationalen Charakter tragen wird.

Die Arbeiter-Turnerschaft soll an diesen Tagen aber dafür sorgen, daß die Gesamtarbeiterschaft ihre Bestrebungen wohl auch zu würdigen weiß, indem sie an diesen Festtagen teilnimmt.

Es werden aus allen Gebieten der Republik Extrazüge mit entsprechenden Ermäßigungen nach Karlsbad geführt werden.

Verpflegung wird in eigene Regie genommen, so daß die Kosten nicht allzu hoch sind.

Es soll das bisher größte Fest der deutschen Arbeiter-Sportler der Republik werden, und rufen wir deshalb allen Arbeitern und Arbeiterinnen zu: Rüstet Euch für das Karlsbader Fest! Beteiligt Euch an den Reiselassen der Turnvereine!

Werdet Mitglieder der freien Turnerschaft!

Mit Frei Heil!

Der Festauschuß. Die Bundesleitung.

Fußball. Zum Länderspiel Oesterreich gegen Jugoslawien, welche am Sonntag in Agram stattfindet, stellt Oesterreich folgendes Team: Ebi: Beer, Teufel (alle Sportklub Ober Amateure). Brandstetter Risch (beide N-ld); Wondral (Rapid), Horvath (Simmering), Hilda (RAC), Wieser (Amateure). Pesseth (Rapid). Ersatz: Kigner, Musil, Hofbauer. Das Spiel wird Schiedsrichter Berites aus Prag.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Rechenmaschinen, T. Edgar, Refazanka Pa. 2535

Bei der am 1. Feber 1924 vorgenommenen Hauptziehung der tschechoslowakischen Staatsanleihe gewann das Los Serie 3171, Nummer 908, das bei der Böhmisches Kredit- und Eskont-Genossenschaft bei der Brünner Bank, G. m. b. H., in Brünn am 21. Juli 1923 gegen Monatsraten gekauft wurde, den Haupttreffer von 1.000.000 K (eine Million K), welcher Beitrag dem glücklichen Eigentümer nach Abzug der gesetzlichen Gebühren bar ausbezahlt wird. 2576

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

Wo vertehren wir?

Café Continental, Prag-Graben

Goldenes Kreuzel, Prag-Refazanka.

Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus Prag, Emech 22 (Urania). 1080

Gastwirtschaft „Lidovj dum“ der Genossenschaft „Ganymed“ Täglich. PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

Werbet bei jeder Gelegenheit für Euer Parteiblatt den „Sozialdemokrat“!

Der Haupttreffer Kč 1.000.000

ist bei der Hauptziehung der 1. Feber 1924 stattgefunden hatte. 366 Serie 8.171, welches Los am 23. Juli 1923 gegen Monatsraten bei der Böhmisches Kredit- und Eskontgenossenschaft G. m. b. H., bei der Brünner Bank in Brünn, Anton Dvořák-gasse Nr. 10, angekauft wurde, entfallen.

Dieser Haupttreffer wird dem glücklichen Gewinner gegen Abzug der gesetzlichen Gewinnsteuer bar ausgezahlt.

Nächste Hauptziehung der drei besten Lose schon am 1. April 1924.

Ein öst. Staatsprämlen Baulos „Nom.“	Kč 100.—	} 9 Ziehungen jährlich, und zwar: 1. Feber und 1. August, 1. Juni, 1. April, 1. Juni, 1. August, 1. Oktober, 1. Dezember und 1. Feber.
Ein öst. Rotes Kreuzlos	„ „ 25.—	
Ein türkisches Staatsprämlenlos	„ „ 400.—	

Gesamthaupttreffer im Jahre Kč 3.000.000, Kč 3.000.000, Frs. 1.000.000

gegen Monatsraten 4 Kč 20.— u. erhält jeder Besteller nach Einwendung der ersten u. zweiten Monatsrate als auch der Originalspesen per Kč 30.—, daher im Ganzen Kč 110.—, welchen Betrag derselbe per Postanweisung einweisen kann, umgehend die gesetzlich ausgestellte, gestempelte Verkaufsurkunde mit Angabe der Serien und Nummern der Lose zugesandt und ist mithin der alleinige Besitzer aller Treffer, die auf diese Lose bei den nächsten Ziehungen entfallen. Bestellungen auf diese offerierte Losgruppe der drei chancenreichsten Lose nimmt auch die

Böhmisches Kredit- und Eskont-Genossenschaft bei der Brünner Bank G. m. b. H. in Brünn, Filiale in Prag, Jindřichská 17, entzogen.